

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Ar. 33.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 18. August 1911.

Insertionspreis für die viereckige Pettizeile 30 Pfg. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1248. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Vom deutschen Tischlertag.

In früheren Jahren fanden die Generalversammlungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und des Bundes deutscher Tischler-Zimmungen regelmäßig zur gleichen Zeit und am gleichen Orte statt. In diesem Jahre ist man von der Regel insofern abgewichen, als nicht der gleiche Zeitpunkt für die Tagung gewählt wurde. Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden besaß indes soviel Anziehungskraft, daß beide Veranstaltungen in Elb-Allen stattfanden. Ob sich die Trennung der beiden Tagungen nicht erwährt hat? — in Zukunft (so wurde in Dresden gewünscht) soll das eine mit dem anderen wieder verbunden werden.

Für die Arbeiterschaft bieten unzweifelhaft die Verhandlungen einer Schutzverbandstagung ein größeres Interesse, als die Verhandlungen des Tischler-Zimmertages. Stehen dort doch durchweg nur Fragen zur Behandlung an, die die Arbeiterschaft direkt betreffen. Demgegenüber besitzt der Tischlertag ein weiterreichendes Arbeitsfeld und fast alle Probleme tauchen hier auf, die die Lebensinteressen des Handwerks betreffen. Als Gewerbeangehörige schadet den Arbeitern im Holzgewerbe ein Vertrauensverlust mit all den behandelten Fragen sicherlich nichts, zumal in unseren Reihen nicht wenige sind, die später einmal ein Geschäft selbständig betreiben werden.

Wer indes die Verhandlungen der Tischlertage von Jahr zu Jahr verfolgt, wird finden, daß sie fast alle „über einen Kasten geschlagen“ sind. Immer dieselben Leute, dieselben Hemden, dieselben Wünsche. Mag sein, daß nun alles, was die Tischlermeister bedrückt, jedes Jahr erneut vorgebracht werden muß — zweckmäßiger wäre's allerdings wohl, weniger zu behandeln, weniger Resolutionen zu fassen, aber das Wenige dann auch zur Durchführung zu bringen. Wie schlecht den Tischlermeistern etwas gelingt, zeigt der bekannte im vorigen Jahre in Stettin gefasste Beschluß, die Preise für Tischlerarbeiten allgemein um 7 1/2 Prozent zu erhöhen. Alle Welt hätte durch eine starke Resonanz auf den Beschluß hingewiesen — nur die Tischlermeister führten ihn nicht durch. In diesem Jahre mußte deshalb der Beschluß erneuert werden. Vielleicht erleben wir in den nächsten Jahren noch mehrfach das gleiche.

Wünsche haben unsere Tischlermeister gar viele. Warum auch nicht! Damit sollte bei ihnen das Gerede von den „unzufriedenen“ Gesellen verstummen. Wir wüßten kaum eine Arbeitertagung, die soviel Wünsche in Resolutionen niedergelegt hätte, als der Tischlertag. Befriedigt erklärten sich die in den Tagen vom 6. bis 8. August d. J. in Dresden versammelten Tischlermeister nur von der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, über welchen Gegenstand Herr Abgeordneter Pauli-Potsdam referierte. Wie jedes Ding aber seine zwei Seiten hat, so auch die „Befriedigung“. Die eine Seite ist völlig zufriedenstellend, die andere hingegen läßt zu wünschen übrig, weil die sie erkennen läßt, daß die „Befriedigung“ ziemlich teuer kommt. Deshalb erklärt der Tischlertag:

„Der 28. Deutsche Tischlertag ist jedoch der Meinung, daß für den Arbeitgeberstand, durch die erneute Mehrbelastung die Grenze der Leistungsfähigkeit für die selbständigen Gewerbebetriebe nicht nur erreicht, sondern überschritten ist. Die Preise der Waren unserer gesamten Industrie und des Handwerkes werden infolge dieser Mehrbelastung in die Höhe gehen müssen. Die Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber, das solche Gesetze nicht hat, wird darunter leiden, da der Betriebsinhaber nicht in der Lage ist, die Mehrbelastung aus eigener Tasche zu leisten. Der 28. Deutsche Tischlertag nimmt an, daß diesem Zustand von den Behörden bei der Vergebung von Arbeiten Rechnung getragen wird, im Interesse der Erhaltung von Industrie und Handwerk.“

Diese Stellungnahme des Tischlertages ist verständlich, wenngleich die gezogenen Schlussfolgerungen doch wohl etwas zu „schwarz“ gesehen sind.

Weitere Gegenstände der Verhandlungen waren die Sicherung der Bauforderungen, das Submissionswesen, der paritätische Arbeitsnachweis, die Wirkung der Gewerbeaufsicht, eine Honorarconvention für Zeichnungen und Entwürfe, sowie Anträge der Bundesinnungen über den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen, Preisserhöhung der Fabrikate, das Kapitel Zwangs- oder freie Innungen, Abwehrkampf gegen die Möbelhändler und Errichtung von Verkaufsgenossenschaften, Errichtung von Handwerkergerichten, den Verkauf von Rollen seitens der Fabrikanten nur an Tischlermeister, und die stärkere Anpflanzung von Nußbaumholz. Alle Gegenstände wurden nach einer Aussprache durch Annahme der gestellten Anträge oder durch entsprechende Resolutionen erledigt.

Hinsichtlich des Submissionswesens forderte der Referent Wagner-Deßau, die Hinzuziehung von Sachverständigen und die Ausschaltung der Mindestfordernden. In der zur Sache angenommenen Resolution wird der Ausschluß aller Angebote von der Submission verlangt, die den Vorausschlag, der von Sachverständigen geprüft sei, um mehr wie 15 Prozent unterbieten.

Die Innung Breslau hatte beantragt, gegen die Einführung des Religionsunterrichtes in der Fortbildungsschule Stellung zu nehmen, welchem Wunsche der Tischlertag prompt nachkam. Gegen den Religionsunterricht sprach sich unter anderen auch der Abgeordnete Pauli aus, der damit seine Parteifreunde im preussischen Landtage im Stich ließ. Nach Herrn Pauli hat jeder, der sein religiöses Bedürfnis befriedigen will, dazu hinlänglich Gelegenheit und braucht nicht dazu die Fortbildungsschule. Eine sonderbare Auffassung! Handelt es sich denn um gereifte Menschen oder um Jungen, die noch der Anleitung und Lehre bedürfen? Nicht die „Befriedigung religiöser Bedürfnisse“ soll die Fortbildungsschule übernehmen, sondern soll sie eine Vertiefung der in der Schule gelehrt, in der Religion wurzelnden Lebenswahrheiten bringen. Es gibt ja Menschen, denen das nicht zuzutritt. Von Herrn Pauli hätten wir indes eine andere Stellungnahme erwartet, zumal in Westdeutschland fast das gesamte Handwerk (u. a. auch ein Tischler-Obermeister in Dortmund) mit den Beschlüssen der Kommission des Abgeordnetenhauses einig geht. Auf dem Tischlertage war es nur Herr Schneider-Wiesbaden, der die Religion als das beste Bildungsmittel für den Charakter bezeichnete und für einen Ausgleich der Interessen eintrat. Die den Religionsunterricht verwendende Resolution fand einstimmige Annahme.

Von den sonstigen Verhandlungsgegenständen interessiert uns am meisten der paritätische Arbeitsnachweis. Als Referent war Herr Rahardt bestellt. Nach der „Fachzeitung“ erklärte er: „Die Arbeiter machen die Arbeitsvermittlung zu einem Kampfbild, zu einer Kampffrage, während in Wirklichkeit dieselbe eine neutrale Tätigkeit bilden soll, lediglich zu dem Zwecke, die arbeitslosen Gesellen an geeignete Plätze zu bringen. Wenn die Arbeiter zu dieser Erkenntnis gelangt sind, dann wird ein Streit um den paritätischen Nachweis nicht mehr notwendig.“ In seiner jetzigen Handhabung bilde der Nachweis einen Übergreif der sozialdemokratischen Organisation. Herr Rahardt warnte dringend davor, daß sich Innungen in der Nachweisfrage auf eine schiefe Bahn drängen ließen, wie es in einigen Fällen — „mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe“ — geschehen sei. Immerhin ein Erfolg! Beherzigen das die Innungen, und sind sie allenthalben vernünftig genug, die „Not“ frühzeitig zu bannen, so wird sich schon zeigen, daß der Zwang in der Arbeitsvermittlung im Gewerbe kein weiteres Unheil anstiftet. Die einstimmig angenommene Resolution des Tischlertages in der Arbeitsnachweisfrage besagt folgendes:

„Der 28. Deutsche Tischlertag zu Dresden spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Organisationen der Holzarbeiter die Frage der Arbeitsvermittlung zur Kampffrage gemacht haben und unter dem Deckmantel der Parität eine dominierende Stellung der Arbeiter verfolgen. Der Tischlertag stellt insbesondere fest, daß die in einer Reihe von Großstädten eingeführten paritätischen Nachweise mit obligatorischer Benutzung zu schweren Schädigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geführt haben und vor einer Einführung dieser Art von Arbeitsnachweisen auf das eindringlichste gewarnt werden muß.“

Bei der großen Spezialisierung des Tischlergewerbes und den verschiedenartigen Ansprüchen der Betriebe nach qualifizierten Branchearbeitern muß das von Arbeitern geforderte und an den verschiedenen Plätzen eingeführte Nummern-System strikte abgelehnt werden.

Solange die Arbeiter-Organisationen nicht die Gewähr bieten, daß den berechtigten Wünschen der Arbeitgeber Rechnung getragen und Sicherheit dafür geboten wird, daß der Nachweis eine absolut neutrale Stelle ist, wo nichts weiter getrieben werden darf, als Arbeitslose an die für sie geeigneten Stellen zu vermitteln, lehnt es der Tischlertag ab, paritätische Arbeitsnachweise zu befürworten.“

Was uns auffällt ist, daß Herr Rahardt mehrfach von den Arbeitern allgemein redete, und daß auch die Resolution mehrfach von den Organisationen der Holzarbeiter spricht. Unseres Wissens steht der sozialdemokratische Holzarbeiterverband mit der Forderung des obligatorischen Arbeitsnachweises, unter den Holzarbeiterorganisationen allein und entgegen deshalb auch die Rahardt'schen Ausführungen, soweit sie die Stellung der Holzarbeiter zur Nachweisfrage betreffen, der Richtigkeit. Es ist überhaupt eine sonderbare Erscheinung, daß die Organe des Arbeitgeber-Schutzverbandes dann, wenn es sich um Verhandlungen, Tarifabschlüsse u. dergleichen, durchweg nur von der Tätigkeit des „Holzarbeiterverbandes“ zu berichten wissen. Welcher Holzarbeiterverband gemeint ist, steht zwar nicht dabei. Doch werden die Leser oder Hörer stets den Eindruck gewinnen, es stehe der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in Frage. Werden hingegen von den Arbeitern Forderungen gestellt, oder geschieht sonst etwas, was nicht nach dem Herzen der Arbeitgeber ist, dann wird allgemein von den „Holzarbeiterorganisationen“ gesprochen. Das ist eine sonderbare Erscheinung. Daß wir sie zur Sprache bringen, mag kleinlich erscheinen; indes derjenige, der die Vorgänge im Arbeitgeberlager verfolgt, wird die gekennzeichnete Handlungsweise als Ausdruck der Gesinnung, die im Arbeitgeber-Schutzverbande für das Holzgewerbe herrscht, werten.

Agadir volkswirtschaftliche Bedeutung.

Was geht uns Gewerkschaftler Agadir und Marokko an? Wir sind eine parteipolitisch neutrale Bewegung, mögen sich die Politiker ihre Köpfe über Marokko zerbrechen! So wird sicher mancher christliche Gewerkschaftler sagen. Ob das richtig ist? Wir werden's sehen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich vornehmlich das Ziel gesetzt, die materielle Lage der lohnarbeitenden Klasse zu heben. Voraussetzung dafür ist, daß die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse, d. h. die gesamten Produktionsbedingungen der deutschen Volkswirtschaft möglichst gute und dauernd gesicherte sind. Ohnedem wird alles Streben der Gewerkschaft nach materiellen Erfolgen auf die Dauer ergebnislos bleiben. An der Entwicklung der Volkswirtschaft ist daher die Gewerkschaft erheblich interessiert, es kann ihr aus diesem Grunde auch nicht gleichgültig sein, auf welchen Wegen die Wirtschaftspolitik eines Landes wandelt. Verantwortlich für das Einschlagen der richtigen Wege sind nicht nur Regierung und gesetzgebende Körperschaft, sondern auch das Volk selbst, da seine Haltung in konkreten Fragen die Position des Deutschen Reiches im Widerstreit der Interessen der modernen Kulturstaaten stärken oder schwächen kann. Es ist daher für die deutsche Wirtschaftspolitik von erheblicher Bedeutung, daß in der deutschen Arbeiterschaft weite Kreise vorhanden sind, die, frei von der Idee des Klassenkampfes und der sozialdemokratischen Staatsauffassung, zur positiven Mitarbeit am Ausbau der Wirtschaftsverhältnisse bereit sind. Das ist die christlich-nationale Arbeiterbewegung, welche bei parteipolitischer Neutralität das Bestreben hat und haben muß, die Wirtschaftsverhältnisse und die Wirtschaftspolitik des Staates auf dem Boden der bestehenden Ordnung so zu beeinflussen, daß ein Segen für die deutsche Arbeiterschaft daraus erwächst.

Aber was hat Agadir und Marokko damit zu tun? Ist das nicht ein rein politischer Vorgang?

Politik im landläufigen Sinne und Wirtschaftspolitik sind untrennbare Begriffe, laufen auch in ihrer praktischen Auswirkung fast regelmäßig ineinander. Namentlich aber ist die allgemeine Weltpolitik eines Staates durchweg bedingt durch die Interessen seiner Wirtschaft. Weltpolitik ist daher meist nur erweiterte Wirtschaftspolitik. Denn die Lebensinteressen eines Volkes, sagen wir die Erhaltung und Festigung seiner Position im Wettbewerb der Völker wird durch nichts so sehr beeinflusst, denn durch die in seiner Volkswirtschaft begründeten äußeren Lebensbedingungen als den rein mechanischen Grundlagen für die geistige und vornehmlich physische Kraft des Volkes. Zu den Hauptaufgaben des Staates gehört daher die Förderung seiner Volkswirtschaft, die gleichbedeutend ist mit der Förderung der Erwerbsverhältnisse der einzelnen Volksgenossen. Daraus folgt nun wiederum, daß die Politik eines Staates, sagen wir seine Weltpolitik, auf Grund der heutigen Produktionszusammenhänge im wesentlichen Wirtschaftspolitik ist, zum mindesten aber in dieser die stärkste Triebfeder besitzt. Zwei Dinge zeigen dies sehr deutlich: Die Notwendigkeit der Erhaltung ungehinderter Zufuhr preiswerter Rohmaterialien und die Erhaltung und Mehrung der Absatzgebiete für die Erzeugnisse unserer Industrie.

In dieser Richtung liegt die Bedeutung des Ereignisses von Agadir. Deutschland ist nicht mehr gewillt, aus lauter Friedensliebe dem Ausland den Weltmarkt und vor allem dessen noch nicht erschlossene Teile vollständig zu überlassen, das lehrt Agadir der Welt. Nicht sehr viel von der Welt ist noch für den deutschen Markt zu gewinnen, dafür haben England und Frankreich durch ihre in den letzten beiden Jahrzehnten betriebene Kolonialpolitik gesorgt. Südafrika, Ägypten, Algerien, Tunis und zuletzt Marokko sind Beweise dafür. Diese beiden Länder haben es verstanden, sich die okkupierten Staaten politisch und wirtschaftlich dienstbar zu machen. Deutschland aber sah still zu aus lauter Friedfertigkeit, trotzdem es zu den industriereichsten Ländern gehört und wie kaum ein zweites Land der Erde von Einfuhr und Ausfuhr abhängig ist. Seine eigenartigen kommerziellen Verhältnisse sind die Ursache für die erschwerte Lage der Industrie, welche doppelte Aufmerksamkeit und doppelte energisches Wahren der Interessen Deutschlands am Weltmarkt zur Folge haben müssen. Dazu kommt, daß der jährliche Geburtenüberschuß in Deutschland eine andauernde Erweiterung der Industrie zur zwingenden Notwendigkeit macht. In diesem Zweck hat Deutschland in letzter Stunde begonnen, Kolonialpolitik zu treiben; zu dem gleichen Zweck muß Deutschland unter Einsetzen seiner ganzen politischen und militärischen Macht der Ausschaltung auf dem Weltmarkt begegnen. Und sein Vorgehen in Agadir liegt in dieser Linie.

Sagen wir es offen: wenn sich Deutschland politisch und kommerziell vom Ausland einkreisen läßt, wenn also durch die Schuld der deutsche Diplomatie die Existenz der deutschen Industrie abhängig wird vom Willen des Auslandes dadurch, daß es im Belieben des selben steht, uns die absolut benötigten Rohmaterialien zu liefern oder nicht, wenn ferner der Des-

kauf deutscher Waren eine Vergrößerung nicht mehr erfahren kann, das Ausland uns aber die Ausfuhr in seine Marktsphäre unmöglich macht, so ist es um Deutschlands Zukunft schlecht bestellt, sowohl politisch wie kommerziell. Denn auf den Weltmarkt sind und bleiben wir angewiesen, da hilft nichts und alles Gerede von der Internationalisierung von Handel und Verkehr ändert gar nichts daran, daß uns vom Ausland nicht nur nichts geschenkt wird, sondern daß dieses alles aufbietet wird, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederzuwerfen. Auch die Friedensdemonstrationen und die Kriegspröfesserei der Sozialdemokratie vermögen hieran nichts zu ändern, im Gegenteil, sie kann höchstens die Position Deutschlands schwächen. Wäre es nicht so, was brauchte England ein Stück Welt nach dem anderen zu schließen, was hätte Frankreich für ein Interesse an Marokko? Weil sie eben diese noch entwicklungsfähigen Gebiete der Erde als Absatzgebiete und Zufuhrgebiete für sich sichern wollen. Beide lassen es sich etwas kosten. Soll Deutschland sich tatenlos die Lebensbedingungen seiner Industrie unterbinden lassen? Sollen die deutschen Arbeiter zusehen, wie z. B. die gewaltigen Erzgruben Marokkos für Frankreichs Industrie ausgebeutet werden, während in Deutschland schon der Tag berechnet wird, an welchem die deutschen Erzgruben versiegen? Das hieße gleichgültig sein gegenüber der drohenden Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands und im Gefolge davon der Erwerbsverhältnisse des Einzelnen. Nur eine blühende und in ihren Grundlagen (Abfah und Zufuhr) dauernd gesicherte Industrie läßt das gewerkschaftliche Streben erfolgreich sein.

Darin liegt keine Kriegshetze, wohl aber der Wille, mit allen Mitteln Deutschlands Lebensfragen zu verteidigen. Die Kriegspröfesserei der Sozialdemokratie aber ist höchstens Ursache zur Steigerung der Kriegsgefahr. Denn Deutschland als erste Militärmacht der Welt wird sein Ansehen wahren im Ausland nur durch eine kraftvolle Politik und die Tatsache seiner Macht wird jedem fremden Staat die Lust benehmen, mit ihm anzubinden. Wenn aber das Ausland sieht, wie in deutschen Landen die Einziehung der Wehrmacht in die diplomatische Rechnung mit Protest begleitet wird, so kann das höchstens seinen Widerstand erhöhen und die Kriegsgefahr verschärfen. Deutschland ist friedfertig und soll es bleiben, es darf aber nicht zugeben, daß das Ausland aus seiner Friedfertigkeit den Schluß zieht, mit Deutschlands Interessen Schindluder treiben zu können. Und Deutschlands Weltmarktimteressen sind deutsche Arbeiterinteressen, in diesem Sinne begrüßt die christlich-nationale Arbeiterpartei Agadir in seiner Bedeutung für eine kraftvolle deutsche Wirtschaftspolitik. K.

Parteilichkeit Neutralität.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen Parteien gibt immer wieder Anlaß zu weitschweifigen Erörterungen in der politischen Tagespresse. Nicht immer aus dem ernstlichen Bestreben heraus, zu einer objektiven Auffassung über die Frage zu kommen. Nur zu oft führt die Absicht, unsere Bewegung zu verächtlichen und zu isolieren, dabei die Feder. Man braucht dabei nicht allein an die sozialdemokratische Presse zu denken, deren gewerkschaftliches und politisches Geschehen die Verkörperung der christlichen Berufsorganisationen ist, ein Teil der bürgerlichen Blätter zieht in der Hinsicht oft genug mit den Genossen an einem Strang. Teils ist es Bosheit, teils hat es in einer totalen Unkenntnis über den wirklichen Stand der Dinge oder auch in einer tiefergehenden konfessionellen oder politischen Voreingenommenheit seinen Grund. Die politischen oder konfessionellen Scheuklappen verschließen den Blick vor Tatsachen und öffnen ihn vor Dingen, die nicht da sind. Die christlichen Gewerkschaften haben jetzt rund 16 Jahre lang die parteipolitische Neutralität hochgehalten, haben sie verteidigt gegen Angriffe von links oder rechts, sie wirteten sich ihrer Grundlage, ihrer Tradition, ihres großen Einflusses und ihrer Ausbreitungsmöglichkeiten begeben, wenn sie dieser bewährten Boden verlassen wollten.

Streifbilder von der Hausagitation.

Auf meinen Wanderschaften durch unser Vaterland führte mich das Schicksal auch im vergangenen Herbst nach einer unserer wehrlichen Grenzstädte. Eine Stadt, die in der Geschichte einen sehr guten Namen hat, betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber noch ziemlich weit zurück ist. Was im allgemeinen der Fall ist, trifft im besonderen Maße auf die Verhältnisse in der Holzindustrie zu. Wohl war unsere Organisation fast schon ein Jahrzehnt vertreten. Aber trotz aller agitatorischen Bemühungen anderer Kollegen war es nicht gelungen, die Mehrheit der Kollegen zu organisieren, um so einen starken Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu haben. Da nun der bestehende Tarif abläuft, beschloßen eine Anzahl Kollegen mit allen nur verfügbaren Kräften in die Agitation einzutreten, damit endlich mal mit dem Jubiläumstag einverstanden würde.

Es sollen hier nun einige Erlebnisse aus der Hausagitation zum Vorschein kommen. Denn nirgends kann man die Verhältnisse der Kollegen besser kennen, als dabei. So führte mich eines Abends der Weg zu einem Kollegen, der mit seiner Familie, Frau und vier Kinder, in einem Hinterhaus zwei Räume bewohnte. Dieselben waren so beschaffen, daß das Wasser an den Wänden herunterlief. Der Mietpreis betrug 13 Mark monatlich. In dem vorderen Raum, der als Küche dienen sollte, stand außer dem Kochherd noch eine Hebebohle, es kam der Mann noch fleißig am arbeiten war. Auf die Frage, warum er noch noch Fremdenarbeit mache, sagte er mir, daß er müde sei. Seine Frau war den ganzen Herbst krank, dabei vier Kinder und 4,20 Mk. Lohngeld reichen dafür nicht. Auf meine Frage, warum er sich dazu nicht organisieren, erwiderte er, es nütze ja doch nichts; übrigens wollte

Darum ist nichts ungerechter, als die christlichen Gewerkschaften mit einer bestimmten politischen Partei, mit dem Zentrum, in dem hier angedeuteten Sinne in Verbindung zu bringen.

Wie sehr die christlichen Gewerkschaften auf die Wahrung der parteipolitischen Neutralität bedacht sind bestätigte jüngst auf der Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, Kollege Behrens der bekanntlich weder Katholik noch Zentrumsmann ist und als Abgeordneter sich zur „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zählt:

„Ich kam zum Gewerkschaftsverein aus dem Teil unseres Volkes, wo die meisten Kritiker zu finden sind, und mancher Freund der Arbeiterbewegung hat mir damals keine Zweifel über die konfessionelle Neutralität der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Gerade im evangelischen Volksteil bestanden außerordentlich viele Bedenken gegenüber den christlichen Gewerkschaften. Nun, ich kann sagen, daß ich in den sechs Jahren meiner Gewerkschaftstätigkeit nichts gefunden habe, was mich als evangelischen Mann irgendetwas hätte veranlassen können, dieser Bewegung ein Mißtrauen entgegenzubringen oder mich von ihr abzumenden. Meinen katholischen Kollegen in der Zeitung kann ich das Zeugnis ausstellen, daß sie die heute Morgen vorgetragenen Grundzüge (Zumbuschsches Vortag, d. V.) auch stets in der Praxis befolgt und nie versucht haben, die konfessionelle oder parteipolitische Neutralität zu verletzen. Alle diejenigen Arbeiter, die es ernst meinen mit der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen auf nationaler und christlicher Grundlage, können daher geruht und unbedenklich den christlichen Gewerkschaften beitreten. Die über große Vorsicht vieler Führer des evangelischen Volksteiles und die vielen Bedenken gegenüber den christlichen Gewerkschaften sind unbegründet, wenn man sie auch aus den konfessionellen Kämpfen der Vergangenheit erklären und verstehen kann. Auch als Politiker kann ich bezeugen, daß in den christlichen Gewerkschaften Raum und Bewegungsfreiheit für Angehörige aller auf nationalem Boden stehenden Parteien vorhanden ist und die politische Neutralität praktisch gehandhabt wird. In den christlichen Gewerkschaften sind Anhänger der verschiedenen bürgerlichen Parteien leitend tätig. Wir verstehen uns ganz gut, und unser Zusammenarbeiten führt dazu, daß wir uns auch als Politiker gegenseitig achten, lernen und viel leichter eine Verständigung der Parteien in Arbeiterfragen herbeigeführt wird. Wenn trotzdem in der Öffentlichkeit vielfach ein schiefes Bild ertrockt worden ist über die politische Neutralität, und man vom „Zentrumsgewerkschaften mit christlich-sozialen Einschlag“ usw. spricht, so liegt das lediglich an der Brille, die diese Leute aufsetzen. Der Gewerkschaftsverein ist nicht „schwarz“ — nein, die Brille unserer Kritiker ist schwarz. Der Gewerkschaftsverein ist auch nicht „rot“, wie man mitunter sagt, sondern die Brille der Kritiker ist mit Rotem gefärbt. Es ist ein großes Unrecht, an unserem deutschen Volke, daß man eine große nationale Arbeiterbewegung falsch darstellt, nur um gelegentlich politische Effekte zu erzielen. Die politischen Blätter und Persönlichkeiten, die das tun, schädigen im letzten Endes die Parteien, denen sie dienen wollen.“

Zum gleichen Thema führte jüngst Kollege Stegerwald in der „Kölnischen Volkszeitung“ aus:

„Die christlichen Gewerkschaften sind nicht dafür da, um etwa die Zentrumspartei zu ungunsten der übrigen bürgerlichen Parteien zu unterstützen; sie sind aber auch ebensowenig dafür da, um bei allen Aktionen, bei denen es anderen bürgerlichen Parteien von ihrem Parteipunkt aus erwünscht erscheint, die Zentrumspartei anzugreifen und ihr in den Rücken zu fallen. Das Aufgabengebiet der christlichen Gewerkschaften liegt vielmehr jenseits der parteipolitischen Kämpfe und zwar in der Wahrnehmung der berufswirtschaftlichen Interessen der nicht sozialdemokratischen Arbeiterwelt.“

Ein unmaßiges Einmischen in die politischen Geschäfte des Zentrums würde nicht bloß eine Verletzung des parteipolitisch neutralen Standpunktes der christlichen Gewerkschaften bedeuten, sondern, bei Lage der Dinge auch eine für die christliche Gewerkschaftsbewegung schlecht wieder gutmachende Dummheit sein. Umgekehrt, würden die christlichen Gewerkschaften, wenn es der Zentrumspartei einfallen sollte, Politik zu machen, die die christlichen Gewerkschaften direkt angeht und womit diese sich nicht einverstanden erklären könnten, sich schon entschieden zu wehren müssen. Das gilt aber auch mit Bezug auf die anderen bürgerlichen Parteien. Die

es keine Frau nicht haben, die könne die 60 Pfg. nicht eubehalten. Es kostete mir alle Mühe, der Frau plausibel zu machen, daß, wenn sie bessere Verhältnisse haben wollte, sie die 60 Pfg. wöchentlich opfern müsse. Als das für und Wider besprochen war, meinte die Frau, wenn ich das alles gewußt hätte, dann wäre mein Mann längst organisiert.

Ein andermal ging zu einem Kollegen, der in einem besseren Stadtviertel wohnte und 26 Mark für eine drei Zimmer-Wohnung bezahlte. Auf meine Frage, wie er sich das bei seinem Lohn (4,50 Mk. pro Tag) erlauben könne, erwiderte die Frau, die als Stöpslerin in einer großen Fabrik beschäftigt war, daß das nur durch ihre Mitarbeit ermöglicht werde. Sie habe in den letzten Wochen fast stets mehr Geld mit nach Hause gebracht, wie ihr Mann, aber bei ihr in der Fabrik sei auch fast alles organisiert. Auf meine Frage, warum sie dem nicht sorgte, daß sich ihr Mann ebenfalls organisiere, damit er wenigstens denselben Lohn wie sie mit nach Hause bringe, erwiderte sie: „Ach, dafür sind doch die Schreiner viel zu dumm!“ — Ihr Mann organisierte sich.

Einmal führte mich der Weg zu einem Kollegen, der in einem der ältesten Viertel der Stadt wohnte. Eine steile Wendeltreppe führte zu den zwei Mansardenzimmern hinauf. Als Geländer diente ein starkes Ganseil, an dem man sich ordentlich heranziehen mußte. Als ich die Tür aufmachte, lag der Familienvater, ein Maschinenführer mit dem Lohn von 4 Mark pro Tag, auf einem Stuhl und spielte auf einer Zitherähnlichen Weihnachtslieder; seine drei Kinder saßen rund um ihn herum und sangen aus Leibeskräften mit. Trotz der Armut ein glückliches Bild. Die Mutter war emsig auf der Nähmaschine am nähen. Sie nähte Hosen für ein Geschäft. Für's Stück gab's 23 Pfg. Dabei mußte sie noch die Maschine und den Zwirn selber stellen. Froh war sie, wie sie sagte, wenn es ihr gelbe, bei der Handarbeit 6 Stück

christlichen Gewerkschaften wünschen ehrlich, daß sie Verständnis und Entgegenkommen bei allen bürgerlichen Parteien finden, deshalb fordern sie ihre Mitglieder ohne Ausnahme immer wieder auf, sich außerhalb der Gewerkschaften, in großem Eifer in den ihnen zuzugewandten Parteien, gleich welcher Richtung — mit Ausnahme der Sozialdemokratie zu betätigen. Aus reinem Parteinteresse soll die bürgerlichen Parteien diesem Streben der christlichen Gewerkschaften mehr Verständnis und guten Willen entgegenbringen. Die Partei, die mit ihren Wählermassen auf die Arbeiterkraft mehr oder minder angewiesen ist, kräftigt mit der Stärkung der christlichen Gewerkschaften den Boden, auf dem sie ruht. Wie sieht es denn heute in der Arbeiterkraft aus? 2 1/4 Mill. sind gewerkschaftlich „rot“ organisiert, die Hirsch-Duncker-Gewerkschaften kommen nicht recht voran, aus der gewerkschaftlichen Bewegung kann und wird nichts werden. Auf weiten Kreisen der keiner Gewerkschaft angehörenden Arbeiter lag der sozialdemokratische Druck. Angesichts dieser Tatsachen unterstreichen wir ganz, was Kollege Stegerwald kürzlich in Köln auf der Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter sagte:

„Heute steht die Situation in der deutschen Arbeiterbewegung so, daß sich die Arbeitermassen entweder ins sozialdemokratische oder ins christliche Arbeiterlager schlagen. Allen Zwischengruppen fehlt die notwendige Anziehungskraft. Die Arbeiter, die ins sozialdemokratische Gewerkschaftslager schlagen, werden einseitig für die politische Sozialdemokratie gedrückt und gehen dadurch den bürgerlichen Parteien zu mindestens 95% verloren, während jene Arbeiter, die sich den christlichen anschließen, zu 99% von der Sozialdemokratie ferngehalten werden und parteipolitisch sich in die Parteien weiter betätigen, denen sie seither angehört haben. Vor dieser Alternative gestellt, sollte man meinen, daß viele bürgerliche Kreise, die heute die christlichen Gewerkschaften bekämpfen, wenn nicht aus Liebe zu letzteren, doch aus Klugheitsgründen zu ihnen eine freundliche Stellung einnehmen müßten.“

Mit abstrakten Neutralitätsbegriffen ist jedoch in der deutschen Arbeiterbewegung nichts anzufangen. Die Dinge stehen, wie Kollege Stegerwald in dem schon erwähnten Artikel des weitern ausführt, so, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland heute die Mehrheitsorganisation darstellen. Sie arbeiten in allen größeren Fragen, insbesondere in agitatorisch-organisatorischer Hinsicht, einträchtig mit der politischen Sozialdemokratie zusammen. Wollte sich die christliche Gewerkschaftsbewegung in solcher Situation abstrakte Neutralitätsbegriffe kaprizieren, so könnte höchstens in steigendem Maße erleben, daß auf ihrer Seite zwar die Reinheit des Prinzips, auf sozialdemokratischer Seite aber die organisierten Massen sich befinden. Und mit Prinzipien allein kann nicht regulierend in der Wirtschaftsorganisation eingegriffen werden; dazu sind viel mehr auch größere Truppen notwendig.

Von dieser Tatsache ausgehend sind die christlichen Gewerkschaften bestrebt, mit allen nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften, insbesondere mit den katholischen Gewerkschaften, evangelischen Arbeiter- und Jugendvereinen, ein freundschaftliches Miteinander- und Nebeneinanderarbeiten herbeizuführen. Dies wird schon notwendig mit Rücksicht auf das einträchtige Zusammenarbeiten der gleichgearteten Organisationen im sozialdemokratischen Lager. Ein anderes Verhalten der christlichen Gewerkschaften würde lediglich auf eine indirekte Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaften hinauslaufen; diese würden unausgeheißt ihre Reihen vermehren und fester schließen, und aus dem mangelhaften Zusammenarbeiten der christlichen Organisationen weiter Nutzen ziehen.

Wer nun deshalb, weil die christlichen Gewerkschaften nicht den konfessionellen Vereinen, die mehr oder minder mit politischen Parteien befreundet sind, in vielen Fragen zusammenarbeiten, die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften anzweifelt, mag es tun. Die christlichen Gewerkschaften stören sich daran nicht und nehmen nach wie vor die Unterstützung aller jener Kreise an, bei denen sie ihre Bestrebungen Verständnis finden.

im Tag fertig zu machen. Ich legte beiden den Nutzen und den Wert der Organisation auseinander. „Es nützt doch nichts, wir bleiben einmal arme Teufel!“ Der Kollege wollte nicht zu bewegen. Später ist er aber doch dem Verband beigetreten.

Ein anderes Bild! Ich komme zu einer Wohnung in einem berückichtigten Viertel der Stadt. Aus der Wohnung schallt mir Geschrei und Geschrei entgegen, der Mann zankt sich mit der Frau. Da dies ein ungünstiger Moment für die Agitation ist, will ich mich wieder verdrücken. Doch man hat mich gehört und ich werde hereingerufen. Ein Bild sehe ich. Es ist Gott sei Dank heute selten mehr unter den Arbeitern zu treffen. Auf dem Tisch die Schnapsflasche, in den Ecken Lumpen und Dreck. Der Mann halb betrunken. Ich erkläre ihm, wo der Mann arbeitet und gehe, in Gedanken überlegend, wie diesen armen Leuten eigentlich zu helfen sei.

So könnte noch manches Bild den obigen zugefügt werden, manches traurige, aber auch manches erfreuliche. Man kann sich oft wundern, wie einzelne Familien sich durch's Leben schlagen. Gleichzeitig wird man aber besonders durch den Erfolg angeporrt, weiter zu arbeiten an dem Ausbau der Organisation. Gewiß ist die Hausagitation besonders im Anfang nichts Angenehmes, aber hat man sie länger betrieben, so findet man Liebe und Lust daran. Und auch in dieser Stadt sind unsere Bemühungen nicht umsonst gewesen. Die unermüdete Arbeit, die eine Schar tüchtiger Vertrauensleute geleistet hat, führte dazu, daß in kurzer Zeit die Kollegen fast vollständig in unserem Verbände organisiert waren, daß ein Tarifvertrag zustande kam, der uns eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bringt. Und damit hatte sich unsere Arbeit reichlich gelohnt.

Das ist die wirkliche Situation in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, an der durch kleinliche Nörgeleien nichts ändert wird. Gewerkschaften schaffen zu wollen nach den Spezialwünschen der einzelnen bürgerlichen Parteien, das ist eine Unmöglichkeit. Die katholische Fachabteilungs-idee ist vor dem völligen Bankrott; nach achthjähriger angeregter Arbeit hat man kaum 17 000 Arbeiter in den katholischen Fachabteilungen zusammenschließen vermocht. Die gelben Gewerkschaften haben weder die Entwicklung genommen, die ihre Hintermänner von ihnen erhofft, noch hat sich aus ihren Reihen ein einziger auch nur einigermaßen ergabter Führer herausgearbeitet. Den Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften fehlt jede größere Anziehungskraft: sie sind heute wieder auf denselben Stand zurückgeworfen, auf dem sie bereits vor zehn Jahren angelangt waren. So bleibt schließlich nur noch die Auswahl zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften übrig. Diejenigen Kreise, die ihre Aufgabe nur darin sehen, in den christlichen Gewerkschaften herumzurnörgeln, halten die gewerkschaftliche Entwicklung in Deutschland nicht auf, sie beargüßeln damit, wenn auch unbeabsichtigt, lediglich die Geschäfte der sozialdemokratischen Richtung. Die Sozialdemokratie reißt sich jedesmal vergnügt die Hände, sobald bürgerliche Blätter über die von ihnen gehaltenen Korrespondenzen — nicht selten auf indirekte sozialdemokratische Bestellungen und Inspirationen hin — an dem Charakter und der Praxis der christlichen Gewerkschaften herumzurnörgeln.



Handelspolitik und Arbeiterinteresse.

Unter Handelspolitik verstehen wir alle die Maßnahmen, die der Staat zur Förderung des Handels unternimmt, zur Förderung des Handels und damit auch zu der der Industrie und Landwirtschaft. Der größere soziale Zweck ist, unserer sich stetig vermehrenden Bevölkerung Beschäftigung zu bieten, damit sie sich ihren Lebensunterhalt im eigenen Lande erwerben kann.

Zwei Systeme sind es hauptsächlich, so schreibt „der deutsche Metallarbeiter“, um die sich heute der Kampf der Meinungen dreht: der Schutz Zoll und der Freihandel. Das Wesen des Schutz Zollsystems liegt darin, daß von bestimmten ausländischen Waren, Industrieprodukten und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, beim Uebergang über die Grenze eine Abgabe erhoben wird. Der Freihandel kennt eine solche Beschränkung des Verkehrs nicht, wenigstens nicht aus dem gleichen Zwecke. Dieser ist beim Schutz Zoll, wie der Name sagt, ein heimisches Gewerbe zu schützen. Er wird durch Verteuerung der ausländischen konkurrierenden Waren um den Betrag des Zolls erreicht. Dadurch ist es möglich, die inländischen Produkte zu einem Preis zu verkaufen, der etwa gleich ist dem Verkaufspreis der ausländischen und Zoll. Die beabsichtigte Wirkung des Schutz Zolls ist also eine Verteuerung der geschützten Artikel, die niedriger im Preise stünden, wenn dieser nach dem Weltmarkt, rein nach Angebot und Nachfrage bestimmt würde. Es ist natürlich nur da ein Schutz Zoll sinngemäß, wo das Ausland in der Lage ist, den heimischen Produkten eine vernichtende Konkurrenz zu machen, es aber aus höheren Gründen geboten erscheint, die betr. Produktionszweige unserem Vaterlande zu erhalten. Darüber müssen wir uns klar sein, daß ein Schutz Zollsystem Opfer, manchmal erhebliche Opfer von der heimischen Bevölkerung verlangt, Opfer, die allerdings wieder durch Vorteile ausgeglichen werden.

Der Freihandel kennt keinen Zoll, um einen Gewerbszweig zu schützen, wohl aber solche, die einen finanziellen Zweck haben, d. h. solche, die der Staat für seine Finanzen benötigt. Die Zölle, die hier auferlegt werden, beschränken sich meist auf Waren, die das Inland nicht oder nur in ganz unbedeutender Menge produziert. Das vielgerühmte Land des Freihandels ist England. Die meisten aber, die bei uns Gegner des Schutz Zolls sind, wissen nicht, daß die Zolleinnahmen Englands bedeutend höher sind als unsere und durchweg von Produkten stammen, die dem Massenkonsum dienen. Die Gesamteinnahmen aus den Zöllen betragen 1904 520,600 Millionen Mk. oder auf den Kopf der Bevölkerung 8,71 Mk. Auf England entfielen im gleichen Jahre 708,338 Mill. Mk. Gesamteinnahmen aus Zöllen, was pro Kopf der Bevölkerung über 11 Mk. ausmacht. Dabei entfällt bei weitem die größte Summe auf Tee, Kaffee (!), Tabak und Spirituosen.

Uns interessiert hier nun besonders eine Frage:

Wie stellt sich der Arbeiter zu den genannten Handelsystemen?

Bevor wir jedoch zur Beantwortung schreiten, müssen wir die Entwicklung der Zölle in Deutschland etwas näher betrachten. Diese hängt eng zusammen mit der Entwicklung Deutschlands vom reinen Agrarstaat zum Agrar-Industriestaat. Bis zur Einigung des Deutschen Reiches können wir von Deutschland als einem Agrarstaat sprechen. Der größte Teil der Bevölkerung lebte von und in der Landwirtschaft. (1871 lebten 63,9% der ganzen Bevölkerung in Gemeinden bzw. Wohnplätzen mit weniger als 2000 Einwohner, 1880 waren es nur noch 58,6, 1890 53 und 1900 45,7%. Während 1882 die landwirtschaftliche Bevölkerung noch 42,5% der Gesamtbevölkerung betrug, ist sie heute auf 1/3 zurückgegangen; an die erste Stelle ist die gewerbliche Bevölkerung mit 39,1% getreten gegen 35,5 i. J. 1882.) Im Anfang der siebziger Jahre setzte dann eine Umwandlung ein, die heute noch ihren Fortgang nimmt. Neben der Landwirtschaft entwickelte sich rasch, überraschend eine Industrie; die Spekulation in Industriepapieren nahm ungeheure Formen an, eine Gründung drängte die andere. Von dem Laumel, rasch und mühelos Geld zu erlangen, wurden alle Kreise der Bevölkerung ergriffen. Dieser „Hauss“ des Wirtschaftslebens, die nicht zum wenigsten den 5 Milliarden Kriegsschädigung zu danken war, mußte der Krach folgen, und er kam mit

einer Wirtschaftskrise, die Deutschland mit einer solchen Gewalt seither nicht mehr verspürt hat.

Deutschland war als Agrarstaat im wesentlichen ein Freihandelsstaat

gewesen. Als dann der große Aufschwung in den genannten Jahren kam, mußte man den Freihandel nicht genug zu loben, dem man allein die ganze Entwicklung zuschrieb. Und darin waren sich, was wohl zu merken ist, Industrie und Landwirtschaft durchaus einig. Die Strömungen änderten sich in den Kreisen der ersten sofort, als sich die furchtbaren Folgen der Krise bemerkbar machten, die durch die freie ausländische Konkurrenz noch verschärft wurden.

Wenn auch die Landwirtschaft an sich durch die gewaltige Erschütterung, welche die junge Industrie erlitt, nicht direkt getroffen wurde, so sollte sich doch auch hier bald ein

Wandel der Anschauungen

bemerkbar machen. Deutschland hat bis in die siebziger Jahre mehr Getreide produziert als konsumiert, einen nicht unbeachtlichen Teil konnte es ausführen; das änderte sich mit dem Anwachsen der Bevölkerung, die sich ja gerade in den siebziger Jahren ungeheuer rasch vermehrte. (Die Bevölkerungszahl betrug 1871 41 060 792, 1880 45 236 061, 1890 49 428 470, 1905 60 041 278.) Die Tatsache an und für sich hätte ja nun der Landwirtschaft nur zum Vorteil sein können — die Getreidepreise hätten doch dadurch eine gewaltige Steigerung erfahren müssen —, wenn nicht fast zu gleicher Zeit ein ausländischer Konkurrent auf den Markt getreten wäre, der die deutsche Landwirtschaft an den Rand des Verderbens brachte. Amerika warf gerade um diese Zeit ungeheure Mengen von Getreide auf den Weltmarkt zu Preisen, die weit hinter denen zurückblieben, welche die alten Kulturländer erlangen mußten. Reichlicher jungfräulicher Boden stand zur Verfügung, der ohne weitem und ohne größern Aufwand reichlichere Erträge lieferte, als die alten Böden. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen auch die landwirtschaftlichen Kreise und das mit nicht geringerer Berechtigung als die industriellen nach Schutz zöllen verlangten.

Ein drittes, außerhalb der beteiligten Kreise liegendes Moment kam hinzu, das die Einführung von Schutz zöllen außerordentlich begünstigte — die schlechte Finanzlage des Reiches. Die Regierungskreise griffen den Ruf nach Schutz zöllen gern auf; bot sich ihnen doch hier eine ausgiebige Einnahmequelle dar! Im Jahre 1879 kamen

die ersten Schutz zölle

sie waren im Vergleich zu den heutigen allerdings außerordentlich nieder. 1873 war der Zoll auf Roheisen ganz aufgehoben worden, 1877 sollte die Aufhebung der Zölle auf die meisten Eisenwaren folgen; doch dazu kam es nicht. Auf Betreiben der Eisenindustrie wurde vielmehr 1879 der Roheisenzoll wieder eingeführt, und zwar mit 1 Mk. pro 100 Kilogramm. Den gleichen Schutz Zoll erlangte die Landwirtschaft auf Weizen, Roggen und Hafer. In der Folge erforderten aber diese Sätze eine bedeutende Steigerung — für die Industrie in den Jahren 1881 und 1885, für die Landwirtschaft 1885 und 1887. Der Zoll für Weizen wurde 1885 auf 3, und 1887 auf 5 Mark erhöht. Eine etwas mäßigerer Richtung trat ein mit der Inaugurierung von

Handelsverträgen

im Jahre 1891, dagegen brachte der neue Zolltarif und die 1906 in Kraft getretenen Handelsverträge wieder eine Reihe von Erhöhungen, speziell für die Eisenindustrie.

Wenn im Anfang Industrie und Landwirtschaft einig gewesen waren in dem Ruf nach Schutz zöllen und beide einander gern geholfen hatten, sie einzuführen, so änderte sich das später. Es wäre töricht, wollte man den tiefen Gegensatz, der, rein äußerlich betrachtet, zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht, leugnen. Die Industrie hat ein Interesse daran, daß der Preis landwirtschaftlicher Erzeugnisse möglichst niedrig ist, weil der ein wichtiges Moment bei der Preisbildung der „Ware Arbeit“, die sie ja in reichlichem Maße braucht, bildet. Umgekehrt liegt der Landwirtschaft daran, daß die Preise hoch sind. So tief, wie es auf den ersten Blick erscheinen möchte, sind allerdings die Gegensätze nicht. Durch die landwirtschaftlichen Schutz zölle ist es erreicht worden, daß die Lage unserer Landwirte wieder eine befriedigende ist. Und dieses kommt in erster Linie der Industrie zugute, denn die

Aufnahmefähigkeit des Marktes für Industrieprodukte

in Deutschland selbst ist dadurch außerordentlich gewachsen. Besonders unsere Maschinenfabriken sind an einer gesunden Entwicklung unserer Landwirtschaft interessiert, denn nur in diesem Falle werden reichliche Bestellungen eintreffen.

Mit diesen Ausführungen ergibt sich eigentlich die Antwort auf die oben gestellte Frage von selbst: was im Interesse der Industrie ist, liegt auch in dem der von ihr Beschäftigten. Das ist allerdings nicht zu leugnen, daß besonders die Schutz zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse stark belasten, nicht nur den Arbeiter, sondern die ganzen konsumierenden Massen. Friedrich List, der bekannte Vertreter der Schutz zölle, hat es als deren höchste Aufgabe bezeichnet, daß sie sich selbst überflüssig machen. Das ist dann der Fall, wenn der durch sie geschützte Erwerbszweig in den Jahren des Schutz zolls durch diesen so erstarbt ist, daß er ihn nicht mehr braucht, daß er ruhig die Konkurrenz mit dem Auslande aufnehmen kann. Das wir heute in der Landwirtschaft so weit sind, wird wohl niemand, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, behaupten — andererseits liegt es aber im Interesse aller, daß ein Schutz Zoll unter keinen Umständen das notwendige Maß überschreitet. — Wenn wir die

Stellung des Arbeiters zum Schutz Zoll

auf Produkte der Industrie betrachten, so ist auch hier der Angelpunkt: kann unsere Industrie ohne Schutz zölle bestehen? Das darf man heute genau wie bei der Landwirtschaft mit einem glatten Nein beantworten. Es wurde schon öfters

darauf hingewiesen, daß unsere heimische Industrie — speziell deren wichtigste die Metallindustrie, in der Lage ist, Mengen zu produzieren, für die keine Aufnahmefähigkeit im eigenen Lande besteht. Sie ist auf den Export angewiesen. Da ergibt sich für sie aber die große Schwierigkeit, daß die andern Länder, insbesondere Amerika, ihre eigene Produktion durch hohe Zölle geschützt haben, daß da selbst eine blühende Industrie entstehen konnte, die vielfach noch billiger produzierend als die deutsche, auf den Export ebenfalls angewiesen ist. Daß da das deutsche Exportgeschäft keinen übermäßigen Gewinn bringen kann, liegt auf der Hand. Man bedenke nun, die Industrie wäre bei uns wehrlos der Konkurrenz der ausländischen preisgegeben — die Folgen wären heute gar nicht zu übersehen — am meisten hätten die Arbeiter darunter zu leiden. Wenn an den Produktionskosten gespart werden muß, hat man es allemal noch zuerst bei den Arbeitern versucht. Wenn wir bedenken, daß ganz zweifellos durch die verschärfte Konkurrenz ein namhafter Teil der Betriebe, die sich jetzt schon nur mühevoll über Wasser halten, eingehen würde, so können wir eben nur wünschen im eigensten Interesse der Arbeiter, daß dieser Fall nicht eintritt. Das Inland muß dieses Opfer auf sich nehmen, wenn es nicht will, daß weite Kreise der bittersten Not anheimfallen. Aber auch hier gilt das für die Landwirtschaft Gesagte — die unbedingt notwendige höchste Grenze darf der Zoll nicht überschreiten.

Es gehört keine besondere Kenntnis der Dinge dazu, über die „Brotpreuerer“, „Brotwucherer“ und wie die geschmackvollen Ausdrücke alle lauten mögen, loszuzugehen. Schwieriger ist es schon, unser Wirtschaftsleben unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse zu messen. Jeder, der hier ohne parteisanatische Leidenschaft urteilt, muß wenigstens zu der Erkenntnis kommen, daß eine plötzliche Aenderung unseres Schutz zollsystems von Folgen begleitet sein müßte, die gerade den Arbeiter am meisten schädigen dürften. Wenn irgendwo, so deckt sich gerade hier sein Interesse mit dem der Industrie. Derartige Erwägungen können natürlich nur bei Arbeitern durchdringen, die bestrebt sind, ihre Lage zu verbessern, ihre Arbeit sich zu erhalten, nicht aber bei solchen, die in einem schönen Zukunftsraum befangen und geblendet von dem Haß gegen alles Bestehende, den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse im Wirtschaftsleben verloren haben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 29. August fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.) erhalten die Zahlstellen Olpe, Steinau und Steinbach.

Flugblatt. Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt ein Flugblatt über die Reichsversicherungsordnung bei. Wir bitten für eine geeignete Verteilung des Flugblattes Sorge zu tragen. Nachbestellungen können bei der Geschäftsstelle des Verbandes erfolgen.

Verlorene Mitgliedsbücher: Nr. 52095, Viktor Hermes, Tapezierer. Nr. 53610, Johann Asbach, Korbmacher. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Auszahlung der Reiseunterstützung. In letzter Zeit zahlten mehrere Ortskassen wiederum Reiseunterstützung an Mitglieder anderer Verbände. Das ist durchaus unzulässig und können solche Beträge keinesfalls von der Hauptkasse übernommen werden. Jeder Verband zahlt seinen Mitgliedern das, worauf sie ein Anrecht haben und sollte man deshalb bei Kollegen, die um Unterstützung bei anderen Verbänden vorprechen, doppelt vorichtig sein, damit nicht Gelder unnütz an Schwindler oder Kassenmarder verabsolgt werden.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten von

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Dornum, Fulda (Firma Cramer, Inhaber Sieglar), Münster i. W., Stollberg (Schl.), Winterthur (Schweiz), Stierfrade, Cham (Firma Schoyerer).
- Getauenschreiner: Darmen-Eberfeld.
- Bürstenmacher: Nister-Nisterhammer (Watz & Co.).
- Bianzarbeiter: Bonn (Kühling).
- Verfasser aller Verufe: Danzig und Elbing (Schiffbau).
- Modellschreiner: Gelsenkirchen (Schaller Gruben- und Hüttenverein).

Zum Getauenschreinerstreik in Darmen. In den letzten Wochen wurden von einigen Arbeitgeber Verhandlungen eingeleitet, um eine Beendigung des damals bereits 14 Wochen andauernden Kampfes herbeizuführen. Einer der größten Arbeitgeber trat an unsere Kollegen heran, um mit denselben über den Abschluß einer Vereinbarung zu verhandeln, welche dann auch nach längerer Verhandlung erzielt wurde. Der Arbeitgeber erklärte dann, falls die Fabrikantenversammlung diese Abmachungen ablehnen sollte, wolle er allein abschließen. Die Fabrikanten lehnten jedoch in ihrer Versammlung die Vereinbarung ab und auch der betr. Arbeitgeber erklärte dann, er könne nicht allein abschließen. Am darauffolgenden Tage erklärte der Vorsitzende der Arbeitgeber unserem Kommissionsmitglieder: Durch einen Irrtum sei die Vereinbarung abgelehnt worden, allein er wolle jetzt für deren Annahme sorgen.

Darauf erneute Arbeitgeberversammlung, der Vorsitzende tritt für die Abmachungen ein, allein trotzdem werden dieselben wieder abgelehnt. Gerade die kleinen Arbeitgeber, besonders einer davon, dessen wenige Arbeiter nicht im Kampfe stehen, führten das große Wort und brachten die Vereinbarung zu Fall, trotzdem die Vertreter der 6 größten Firmen mit über 150 beschäftigten Arbeitern für eine Verständigung eintraten. Daraufhin erklärten Vertreter der beiden größten Betriebe, nach solchem Verhalten der kleineren Betriebsinhaber seien sie es leid, sich zum Narren halten zu lassen, sie wollten noch einen letzten Versuch machen, sonst aber allein mit uns abschließen. Dieser letzte Versuch verlief dann genau so wie die vorherigen Versuche, aber das Bemerkenswerte bei der Sache ist, daß man ebenfalls am anderen Tage erklärte, allein könne man nicht abschließen. Also den einen Tag macht man Versprechungen und Zusagen, am andern Tage weiß man dann nichts mehr davon. Ueber eine derartige Handlungsweise waren dann unsere Mitglieder derart erbost, daß sie erklärten, nun den Kampf in verschärftem Maße fortzuführen. Zu einem ehrlichen Frieden hatten sie die Hand geboten, allein zum Besten halten lassen sie sich auch von den Arbeitgebern nicht. Dieses umfomehr, als ja infolge der Eigenart des Berufes keine Streikbrecher zu verzeichnen sind. Der Kampf geht also weiter.

Zum Schichau-Streit in Danzig. Wie wir bereits berichtet, hat die Arbeiterschaft der Schichauwerke in Elbing, (Schiffwerft und Lokomotivbau) sich mit den Danziger Arbeitern solidarisch erklärt. Am Donnerstag, den 10. d. M. beschloß eine unter freiem Himmel tagende Versammlung, welche von über 4000 Arbeitern besucht war, der Firma Schichau Forderungen zu unterbreiten. Sollte bis Sonnabend den 19. Aug. keine befriedigende Lösung erzielt werden, so werden 4000 Arbeiter in Elbing in den Streit treten, so daß dann insgesamt 5500 Arbeiter bei genannter Firma feiern. Die Firma, welche bisher eine große Hartnäckigkeit an den Tag gelegt, wird sich dann wohl besinnen, daß auch für sie die alten Zeiten vorüber sind. Die Fachabteilung von „Sitz Berlin“ hat beschlossen, in diesem gewaltigen Ringen ihre Leute der Firma zur Verfügung zu stellen. Ob diese wirklich ihren um berechtigten Wünschen kämpfenden Mitarbeitern in den Rücken fallen, muß abgewartet werden.

Tarifabschluss in Schwandorf. Die seitens unseres Verbandes eingeleitete Lohnbewegung war vom Erfolg begleitet. Die schriftliche Antwort der Meister auf unsere Eingabe ließ erkennen, daß einzelne davon noch an den alten Zuständen festhalten wollen. Die Folge war die Einreichung der 14tägigen Kündigung seitens aller Kollegen. Erst in letzter Stunde vor Ablauf der Kündigung wurden durch den Bürgermeister Einigungsverhandlungen angebahnt, die mit dem Abschluß eines Vertrages, der bis zum 1. Mai 1913 läuft, endeten. Die Arbeitszeit wurde von 66 auf 59 Stunden pro Woche herabgesetzt. Der bisher bezahlte Wochenlohn wird in 59 Stunden umgerechnet, und der so erzielte Lohn sofort um 2 Pf. und ab 1. Mai 1912 um weitere 2 Pf. erhöht. Die Mindestlöhne betragen innerhalb der Vertragsdauer: im 2. Beschäftigungsjahre 26 Pf., im 3. Beschäftigungsjahr 30 Pf. und vom 20. Lebensjahre an 35 Pf. die Stunde. Die Ueberstunden werden mit 10 Pf., die Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 20 Pf. Zuschlag die Stunde vergütet. Diese Abmachungen bedeuten gegenüber den bisherigen bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen einen schönen Fortschritt und werden sicher dazu beitragen, daß das Schreinerhandwerk am Orte einigermaßen gehoben wird. Daß dazu auch eine weitere Festigung und Stärkung unserer Organisation notwendig ist, erscheint selbstverständlich.

Der Streit bei der Firma Schoyerer in Cham dauert noch fort. Der Bezirkskommissar, Herr Salzer, hat sich bereits die größte Mühe gegeben, durch eine Einigungsverhandlung die Differenzen zu schlichten. Herr Schoyerer stand jedoch auf dem Standpunkte, jede Verhandlung, wobei Verbandsvertreter zugegen, abzulehnen. Erst nach wöchentlichem Streikdauer kam es doch zu einer Aussprache, bei der auch unser Bezirksleiter Kollege Schwarzer anwesend war. Die Verhandlungen führten zwar zu keinem Resultat, brachten aber eine Klärung, die Schoyerer gewünscht hatte. Nachdem Schoyerer selbst zugegeben, daß die Differenz in bezug auf den Lohnzuschlag und die Mindestlohnätze unbedeutend sind, hängt es also lediglich von ihm ab, ob bald ein Frieden zustande kommt oder nicht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamborn. Bei der am Samstag den 5. August getätigten Schichtauswechslung wurden drei Kollegen, darunter der Altgenosse und Schichtführer aus unserem Verbands, zwei Genossen und ein Unorganisiert gewählt.

Schweizer. Am 21. Juli hielt hier Kollege Bacher-Cohn ein Referat über das Thema: „Warum organisieren wir uns in christlichen Gewerkschaften?“ In seiner Ausführungen, betonte er die Notwendigkeit der Organisation und zeigte wie ein christlicher Arbeiter nur christlich organisiert sein könne. Der Bericht wurde von einem „Frei-Organisierten“ bei, die hier so sehr beliebt ist, verteidigt. Sie harten die Zusammenkunft mit der Sozialdemokratie und drückten sie sich mit ihrem Unwillen aus. Ihre Ausführungen erregten nur die Heiterkeit der anwesenden Arbeiter. In letzter Disposition wurde den „Freien“ ihre Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei nachgewiesen. Es verlangte die Person dermaßen, daß sie sich zu den gewöhnlichen Besprechungen hängen ließen. Ein Freizonner erklärte sich bereit wichtige Anmerkungen gegen den Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle, daß die Vereinigung beschloß, dem Besprechenden nicht mehr das Wort zu geben. Das Schicksal der „Freien“ hat hier ein interessantes Gesicht. Es wird nachher auch dem letzten Arbeiter klar, daß christliche Arbeiter nur von den christlichen Gewerkschaften geliebt wird. Wir haben jetzt der letzten Besprechungen wieder einige Leberstiche, andere werden jedoch Kollegen in Schweizer! Hierin ist der Zentralverband christlicher Holzarbeiter! Ein christlicher Arbeiter kann niemals einer sozialdemokratischen Organisation angehören.

Zugspitze. Am 21. Juli, wurde unsere Zahlstelle auf eine langwierige Sitzung beschworen. Das hierin

Anlaß veranstalteten wir eine kleine gefellige Unterhaltung. Freilich konnten bei dieser Gelegenheit nicht alle Kollegen, die einst mitgeholfen haben, unsere Zahlstelle zu schaffen und vorwärts zu bringen, anwesend sein. Dessenungeachtet aber waren sie doch in der lebhaftesten Erinnerung aller, die sich zusammensanden. Am 16. Juli 1906 kam es durch Kollegen Schwarzer zur Gründung unserer heutigen Zahlstelle. Waren es auch da nur sechs Kollegen, die sich unserem Verbands anschlossen, so hat doch im Laufe dieser 5 Jahre die hiesige Zahlstelle, wenn auch langsam, so doch sicher zum größten Leidwesen unserer Gegner eine stetig steigende Entwicklung genommen. Zur Stunde umfaßt dieselbe 29 zahlende Mitglieder. Ist auch die Zahl immer noch nicht befriedigend, so besteht doch berechtigte Aussicht, in der nächsten Zeit einen kräftigen Aufschwung zu kommen. Der Beitrag wurde seit der Gründung von 55 auf 70 Pf. erhöht, die Lokalkasse hat heute einen Bestand von über 200 Mk. Kollege Schwarzer-München gab uns in seinem Vortrag zu erkennen, wie notwendig gerade in Ingolstadt die Gründung unserer Zahlstelle war. Hinweisend auf die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte und der sich für die Arbeiter daraus ergebenden Notwendigkeit des Zusammenstehens, freiste er auch kurz den Grund der Zerspaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Verweisend auf all die Erfolge und Errungenschaften, die unser Verband in der Wahrung der Interessen seiner Mitglieder zu verzeichnen hat, konnte auch Ingolstadt genannt werden, wo der Verband die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tüchtig festgelegt hat. Redner ermahnte alle Kollegen, fest und treu zu unserem Verbands und zur Zahlstelle zu stehen, mit derselben Zügigkeit und Ausdauer wie in den verfloßenen, so auch in den kommenden Jahren an dem Ausbau unserer Zahlstelle zu arbeiten. So könne der heutige Tag als ein Meilenstein in der Geschichte unserer Zahlstelle betrachtet werden. — Die übrige Zeit des Abends wurde durch Musik und deklamatorische Vorträge unserer Kollegen ausgefüllt. An unseren Kollegen wird es nun liegen, unentwegt weiter zu wirken. Sie haben das Schicksal unserer Zahlstelle in den Händen. Stehen unsere Kollegen die rechte Anwendung aus dieser Veranstaltung, dann braucht uns nicht vor der Zukunft zu bangen, dann wird aber auch die „Festung Ingolstadt“ eine Festung unseres Verbandes werden. Das ist unser Ziel. Uns zum Schutz, dem Gegner zum Trutz!

Bürsten- und Pinselmacher.

Schwau i. B. Langsam aber sicher bricht sich nun auch im Biesental wieder der Organisationsgedanke Bahn. Unglaubliche Sorgänge in den hiesigen Krankenkassen haben die Arbeiterschaft von hier und Umgegend aufgerüttelt. Auch unter den Bürstenarbeitern regt sich's wieder. Kein Wunder. Arbeiten dieselben doch unter verhältnismäßig ungünstigen Verhältnissen, die geradezu gebieterisch die Organisation fordern. Ist unter normalen Verhältnissen die wirtschaftliche Lage der hiesigen Bürstenarbeiter schon eine ungünstige, so kommt gegenwärtig noch hinzu, daß die lang anhaltende Hitze sich bei den Bürstenmachern noch besonders unliebsam bemerkbar macht und die wirtschaftliche Lage schädigend beeinflusst. Abgesehen von allgemeinen Nachteilen, die diese Witterung mit sich bringt, muß hier des Wassermangels wegen die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Manche Betriebe arbeiten mit Wasserkraft und da diese ausbleibt, muß die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich beschränkt werden. Davon werden dann noch gerammte Zeiten verwendet zur Instandsetzung und zum Aufschwemmen des Kanals. Nun läßt schon bei zehnstündiger normaler Arbeitszeit die Lohnhöhe sehr viel zu wünschen übrig. Hat doch die hiesige Fabrikinspektion durch Erhebungen in 17 Bürstenfabriken im Jahre 1908 für sämtliche Arbeiter einen Durchschnittsmittelverdienst von 14,81 Mk. festgestellt. Ermöglichte männliche Arbeiter verdienen wöchentlich durchschnittlich 18,88 Mk. Also wenn in 10 Stunden die Löhne schon derart waren, dann kann man sich's ausmalen, wie ein Familienvater jetzt mit dem geschwächerten Verdienst auskommen soll. Ersparnisse werden in Arbeiterfamilien für solche außergewöhnliche Fälle wohl kaum gemacht werden können. Die Arbeiterschaft der Bürstenindustrie des Biesentales hat also alle Veranlassung, tatkräftig an der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu arbeiten, und zu diesem Zwecke das Mittel der Organisation zu ergreifen. Aber leider glauben noch so manche Kollegen an den unbegründeten Vorurteilen festhalten zu müssen. Zwecklos aber werden auch diese beizugeht. Wie sich allenthalben in Deutschland die Organisation selbst manchmal unter den allertgrößten Schwierigkeiten durchgesetzt hat, so wird dies auch hier auf die Dauer eintreten. Und dieses Ziel wird um so eher erreicht, wenn die Arbeiter, die den Wert der Organisation bereits erkannt haben, an der Beteiligung der Vorarbeit durch Aufklärung mitwirken. Dies ist um so notwendiger, als sich hier besonders gezeigt hat, daß die indifferenten Kollegen kaum in Versammlungen hineinzubringen sind. Da muß die Aufklärung von Mund zu Mund einziehen. Wo immer man mit unorganisierten Arbeitern zusammenkommt, muß auf die Organisation und deren Bedeutung hingewiesen werden. Wenn ein jeder einzelne Kollege in dieser Weise seinen Mann stellt, und andere Kollegen zur Aufnahme in den Verband veranlaßt, dann wird es auch im Biesental möglich sein, für die Bürstenarbeiter bessere Verhältnisse zu schaffen. Darum Bürstenmacher aufgemacht!

Gewerkschaftliches.

Aljos Kempf. Aus Frankfurt a. Main kommt die Anmerkung, daß unser Kollege Aljos Kempf nach langem schwerem Leiden verstorben ist. Der Verstorbenen ist insbesondere unseren Münchener und Mannheimer Kollegen kein Unbekannter. Wo Kollege Kempf zur weite, überall war er einer der eifrigsten Agitatoren für den Verband. Seine Kampfmotiv trieb ihn, trotzdem er schon längst kränzlich war, immer wieder zu neuer Arbeit an. Seit einigen Jahren bekleidete er die Stelle eines Bezirkssekretärs im Verbands der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter in Frankfurt, wo er mit nie verlagendem Eifer wirkte. R. i. p.

„Sitz Berlin“ und die Wahrheit. In Nr. 28 des „Holzarbeiter“ vom 14. Juli fand ein Artikel, der die Agitationspraktiken von „Sitz Berlin“ belächelte. Es war darin auch die Rede vom Streit in Altklein, weil der „Arbeiter“ behauptet habe, daß in Altklein ein „friedlichem Wege“ ein Vertrag von „Sitz Berlin“ abgeschlossen sei. Der Nachweis der Unwahrheit der Berliner Notiz hat nun den Berichtserichter des „Arbeiter“ dem in Aufregung gesetzt, daß er nicht mehr Wahrheit von Dichtung unterscheiden kann. In der Nr. 17 des „Korrespondenzblatt“ (Beilage zum „Arbeiter“) bringt er folgende Erwiderung:

„Während der Tarifvertrag zwischen den Arbeitgebern und Fachabteilung, dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein sowie dem Holzarbeiterverbande bereits abgeschlossen war, sind christlich organisierten in den Streit getreten, weil ihre Arbeitgeber den Tarifvertrag nicht anerkennen wollten. Erst später haben die Arbeitgeber, bei welchen die christlich organisierten beschäftigt gewesen, schriftlich erklärt, denselben Tarifvertrag anzuerkennen.“

Soviele Worte, sovielen Vergewaltigungen der Wahrheit! Oder sollte die Hitze derartige Verwüstungen angerichtet haben, daß der Berichtserichter nicht mehr weiß, was geschehen ist? Festinagelung der Unwahrheiten kurz folgendes: Am 14. Mai lief die Kündigung ab. Der Streit, an dem auch der H.-D. und ein „Freier“ beteiligt waren, begann. Ein Facharbeiter meldete sich schnell krank (Sommerfeld). Am 18. Mai versuchten die Vertreter aller Organisationen, auch der Berliner mit Herrn Staub zu verhandeln, sie wurden aber aufgefordert hinauszugehen. Die vier Facharbeiter aber arbeiteten ruhig weiter. Arbeitersekretär Kusjinski erklärte, er „könne nicht an den Ohren herausziehen.“ Dann wurde versucht mit Orlovski zu verhandeln, jedoch ohne Erfolg. Erst am 27. Mai, nachdem unsere Mitglieder also über zehn Tage im Streit standen, wurde mit Orlovski eine Verständigung erzielt, an der ich wesentlich mitarbeitete. Vorher ist von niemanden ein Vertrag abgeschlossen, weder von den „Freien“ noch von den H.-D. Also hat der Berichtserichter die „Arbeiter“ die Öffentlichkeit be—nachrichtigt. Kann er dies mit seinen Grundsätzen verantworten, so mag er es tun. Nach den Lehren der Kirche, nach denen sich zu richten der Berichtserichter seinen Namen nennen will, bin ich gern bereit vor seinen versammelten Getreuen den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit zu wiederholen. Er kann sich dann den Mangel an Wahrheitsliebe auch anderweitig noch bestätigen lassen. Paul Schopohl.

Was ist Quatsch? Die „Holzarbeiter-Zeitung“ regt sich in ihrer Nr. 32 darüber auf, daß wir bei Gelegenheiten geschrieben, im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter würden den Mitgliedern weder das Glück der Religion noch die nationale Gesinnung vererbt. Das soll Quatsch sein! Ein Sozialdemokrat mag so über Religion und nationale Gesinnung denken; ein christlicher Arbeiter nicht. Und obendrein, weil wir die höchsten idealen Güter der Menschheit nicht in den Dreck sozialdemokratischer Quatschmischel gezogen wissen wollen, treten wir auf gewerkschaftlichem Gebiete für eine reinliche Scheidung ein. Es hiesse Perlen vor die Säue werfen, wollten wir mit der „Holzarbeiter-Zeitung“, die in zynischer Weise von der „köstlichen Belohnung im Jenseits“ redet, über diese Fragen diskutieren.

Rudolf Bahle. Am 8. August d. J. verstarb in Berlin der langjährige Vorsitzende und Redakteur des Gewerbevereins der Holzarbeiter H.-D. Vor drei Jahren wurde er in den Ruhestand versetzt. Der Verstorbenen hat ein Alter von 78 Jahren erreicht.

Unser Metallarbeiter-Verband. In der neuesten Nummer des deutschen Metallarbeiter lesen wir:

„Ergreifend für jeden christlichen Metallarbeiter waren die Erfolge und Fortschritte unseres Verbandes im Jahre 1910. Die aufstrebende Entwicklung des Wirtschaftslebens weckte wieder neuen Mut und neue Tatkraft in den Reihen unserer Kollegen, und mit Begeisterung trugen sie die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in immer weitere Kreise der Metallarbeiterschaft. So konnten wir denn neben den großen Erfolgen materieller und ideeller Art am Jahreschlusse auch eine bedeutende Vormärtsentwicklung unseres Verbandes selbst konstatieren. Ein Zuwachs von 10000 neuen Mitgliedern! Das war das ermutigende Resultat unserer Arbeit im Jahre 1910. 34000 Mitglieder zählten wir zu Beginn dieses Jahres; dank der freudigen und tatkräftigen Aufklärungs- und Agitationsarbeit unserer Kollegen sind es nunmehr bereits rund 42000 Mitglieder geworden. Wir marschieren! Und eine vorwärtstürmende Truppe kämpft erprobter Männer läßt sich durch keinerlei feindlich Geplärre und Geklaff in ihrem Vormarsch aufhalten. „Vorwärts, weiter vorwärts!“ sei deshalb unsere Parole. 8000 neue Mitglieder für unsere Ideale haben wir im laufenden Jahre wieder gewonnen, weitere 8000 sind noch zu werden, wenn wir bis zum Schlusse dieses Jahres die nächste Etappe, 50000 Mitglieder, erreichen wollen. Und wir wollen!“

Sollen wir Holzarbeiter zurückstehen? An die Arbeit, Kollegen!

Aussperrung der christlich-organisierten Tabakarbeiter des Niederrheins. Am Samstag, den 5. August sind die im Verbands christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein ausgesperrt worden, nachdem schon einige Wochen vorher rund 240 Arbeiter in Kaldenkirchen von den organisierten Arbeitgebern entlassen worden waren. Die Aussperrung stützt sich auf einen Streit von 39 Arbeitern bei der Firma R. Kasten, in Kaldenkirchen. Die Arbeiter dieser Firma sind in den Streit getreten, nachdem alle Versuche einer friedlichen Erledigung der Differenzen fehlschlagen waren. Die Firma bezahlt nicht nur in Kaldenkirchen mit die geringsten Löhne, sondern bleibt auch weit hinter den am übrigen Niederrhein üblichen Löhnen zurück. Die erwachsenen männlichen Arbeiter kauen bei der Firma auf höchstens 16—18 Mk. Durchschnittsverdienst in der Woche. Die Forderungen waren äußerst mäßig gehalten. Auf Verhandlungen mit dem Verband ließ sich die Firma nicht ein, sondern verlangte, daß nur der Arbeiterausschuß vorstellig werde. Auch die Unterstützung durch die übrigen Fabrikanten und eine eventuelle Aussperrung sollte damit gerechtfertigt werden, daß nicht der Fabrikausschuß die Forderungen vertreten habe. Als dann aber die Arbeiter beschloßen hatten, den Ausschuß vorstellig werden zu lassen, wurden nicht nur keine einigermaßen befriedigenden Zugeständnisse gemacht, sondern es erfolgte auch die Aussperrung. Der Niederrheinische Zigarrenfabrikanten-Verband nahm die Aussperrung vor, ohne selbst vorher in eine Prüfung der Löhne bei der Firma einzutreten, sondern rückte sich einfach auf die Angaben der Firma und der Kaldenkirchener Fabrikanten und der Firma, die natürlich alle ein Interesse an der Niederkaltung der Löhne dortselbst haben, weil, wie betont, an den anderen Orten besser bezahlt wird. Die Aussperrung richtet sich ledig-

Die englischen Krönungsfeste. Die Thronbesteigung, welche bei der Krönung des englischen Königs in der Westminster-Abtei dient, können heute auf ein ehrwürdiges Alter und eine ereignisreiche Vergangenheit zurückblicken. Bei weitem der ältere von beiden ist jedoch nach Titbits der, in welchem der König Platz nahm. Er wurde bereits im Jahre 1296 auf Befehl König Edward I. aus Eichenholz gefertigt, das eigens zu diesem Zwecke in dem Walde von Windsor geschlagen war. Hauptstücklich war es des Königs Wille hierbei, dem „Stein des Gedächtnisses“, welchen er aus Stone als Beute mitgebracht hatte, einen geeigneten, dem Aberglauben der Zeit entsprechenden Platz unter dem Sessel zu versehen. Der Sessel nach war dies der Stein, auf welchem Karls Haupt ruhte, als er den wunderbaren Traum von der Himmelfahrt hatte. Die Ökologie hat jedoch die Sage klugen Geistes und den Beweis dafür erbracht, daß der Stein schottischen Ursprungs, höchstwahrscheinlich aus Westsibirien Edward II. im Anfang des 14. Jahrhunderts, und seitdem hat der Sessel bei allen Krönungsfeierlichkeiten, mit einer einzigen Ausnahme, geblieben. Diese Ausnahme bildete der Regierungskontakte Marins II., der Gemahlin Wilhelms von Oranien, für welche der zweite, jetzt der Königin dienende Thronstuhl hergestellt und vom Papste 1688 als Geschenk gesandt worden war. Er ist also fast 400 Jahre jünger als der Thronstuhl des Königs.

Der letztere hat seinen Platz in der Abtei gewöhnlich in der Kapelle Edwards des Bekenners und führt davon den Namen „St. Edwards Stuhl“, obwohl er natürlich sonst in seine Beziehung zu diesem 1042 bis 1066 regierenden angelsächsischen Könige gebracht werden kann. Nur einmal in den sechs Jahrhunderten seiner Existenz hat er die Westminster-Abtei verlassen, und das war damals, als Oliver Cromwell in ihr zum Lord Protector ausgerufen wurde. Die Haupteigentümlichkeit dieses Stuhles besteht darin, daß er keinen Nagel enthält, auch sonst keinerlei Metall zu seiner Herstellung verwendet ist. Starke eiserne Bügel verbinden merkwürdig gut widerstand, obwohl beim Anlegen der Draperien bei den verschiedenen Krönungsfeierlichkeiten nicht gerade günstig mit ihm verfahren wurde. Früher war er offenbar ganz vergolbet. Er wird ausschließlich bei Krönungen in Gebrauch genommen, auch nur bei diesen Gelegenheiten aus der Kapelle des heiligen Edwards herausgeholt und, fünf Stufen hoch, vor den Hauptaltar der Abtei gestellt. Der Thron der Königin steht um zwei Stufen tiefer, links neben dem ihres Gemahls. Der König nimmt erst dann in dem Krönungssessel Platz, wenn er von den umwinkenden Untertanen als „nächster, geliebtester König des Reiches“ durch Zuruf begrüßt worden ist. Dann legt ihm der Erzbischof von Canterbury die Krone aufs Haupt. Den übrigen Teil der Feier hindurch bleibt er dann auf dem Stuhle sitzen und empfängt auch so die Huldigung seiner ersten Untertanen. Der Sessel ist in gotischem Stil gehalten und an der Rückwand über zwei Meter hoch. Die Stühle haben vier prachtvoll geschnitzte Säulen. Die Holzschmückerei des Sessels gilt als eines der schönsten Beispiele altenglischer Kunst.

Kaput. Unter den Postmaterialien spielt der „Kaput“ in den letzten Jahren eine große Rolle. Die kostspielige Postverkehr hat durch das Verarbeiten von Kaput eine starke Konkurrenz erhalten. Außerdem wird Kaput zu Schwämmen, Kneten, überhaupt für Dinge, die eine Tragkraft auf dem Wasser besitzen müssen, wegen seiner Leichtigkeit viel verwendet. In letzter Zeit soll es sogar gelungen sein, in der Weiberei Kaput zu verarbeiten. Bisher galt dieses, da die Fasern zu kurz sind, für ungeschickten. Der Erzeuger des Kaput, der Kapotbaum, wächst sich bis zu 80 engl. Fuß und wird bis zu einer Höhe von 2500 Fuß über der Meereshöhe kultiviert. Das beste Material wird aber erzielt, wenn der Baum an

einem Plage wächst, der nicht höher als 600 Fuß über dem Meeresspiegel liegt. Schon nach zwei bis drei Jahren können die Fasern gewonnen werden. Im fünften Jahre ist der Ertrag am besten. Zu diesem Zeitpunkt bringt ein mit 135 Bäumen bestandener Platz, annähernd 420 Pfd. reiner Fasern in einem Jahre. Einige gut ausgebaute Bäume produzieren jährlich bis zu 125 Pfd. reiner Fasern. Doch dieses ist höchst selten. Annähernd 450 der Früchte des Kapotbaumes geben 1 1/2 Pfd. Fasern ab. In Ballen nach Europa geschickt, werden sie in den Fabriken einer Reinigung unterworfen und in den Handel gebracht.

Aus der Bewegung.

Wiesbaden. Unsere Sektion schreitet langsam aber doch stetig vorwärts. Trotzdem verschiedene Kollegen gezwungen waren nach der Lohnbewegung von hier abzureisen, da die Herren Meister sich verschoren hatten, nur solange Gehilfen zu beschäftigen, als man sie gerade notwendig brauchte. Ein Meister war sogar ganz offen und sagte: „Ja, wäre Ihr mit 50 Pf. zuziehenden gewesen, dann hätte Ihr alle Arbeit.“ Das läßt sich nicht drehen. Aber trotz und alledem, es kommt auch hier in Wiesbaden noch einmal eine aufsteigende Konjunktur dann werden wir uns solcher Herren erinnern. Unsere Sektion läßt am Schlusse des vorigen Monats 15 Mitglieder.

Freiburg i. Br. Zu den Aufgaben unseres Verbandes gehört auch die sachliche Ausübung seiner Mitglieder. Um diesem Ziele näher zu kommen, veranfaßte die hiesige Sektion einen Ausflug nach dem altberühmten Dreifach zur Besichtigung der dortigen Papeterfabrik von Grismann & Cie. Daß unter den christlichen Gewerkschaften von Freiburg auch die Kollegialität hochgehalten wird, zeigte die Teilnahme veränderter Besuche, so daß wir mit der städtischen Anzahl von 45 Teilnehmern in Dreifach anrückten konnten. In liebevollster Weise übernahm ein Chef der Fabrik die Führung durch die verschiedenen Räume derselben, in leicht verständlichen Worten den Vorgang der Papeterfabrikation erläuterte. Mit Interesse verfolgten die Kollegen den Vortrag, ihn durch Fragestellungen noch ergänzend. Nach einigen herzlichsten Dankesworten des Kollegen Schmitz verließen wir die Fabrik, ein jeder mit dem Bewußtsein, hier wieder etwas gelernt zu haben, was man im Berufsleben verwenden kann. Die in den Fabriken allen arg empfundene Hitze wurde bei einem gemeinsamen Bad in des Rheines süßen Fluten wieder vergessen. Nachdem hierauf die allerschwerste Mühsertigkeit beschlachtet war, hatten wir eine gemüthliche Zusammenkunft mit den Dreifacher christl. Gewerkschaften. In launiger Ansprache dankte unser Sekretär, Kollege Schmitz, allen Teilnehmern für ihr Erscheinen, die dadurch ein schönes Zeichen ihrer Kollegialität und Solidarität gezeigt haben, und setzte dann die Fabeln ein. Nur allgernein entschuldigen die schonen Stunden, zu sehr erwichen der Zeitpunkt, an dem uns das Dampfwerk wieder unsern lieben Freiburg zusagte. Als Früchte dieses Ausfluges erwarten wir neue Arbeitsfreudigkeit und ein kräftiges Zusammenarbeiten aller Kollegen.

Münchberg. Der „Dreier“-Organisieren auf der Werkstatt haben wir im Organ schon mehrfach geantwortet müssen wegen ihrer Unübersichtlichkeit gegenüber christlich organisierten Kollegen. Auch heute müssen wir wieder Worte von ihnen nehmen. Fragen nämlich Arbeitsgehende bei der Firma an, so werden sie dort zur Werkstatt zum Meister geschickt. In der Werkstatt aber verfahren die rotorganisierten Kapeterer es, daß der Arbeitsgehende bis zum Meister kommt. In der Tür wird der Arbeitsgehende aufgehalten und ein älterer, „fest“-organisierte Kapeterer stellt sich dann als Meister vor, um ihn folgen zu lassen zu fragen: „Sind sie im Verband?“ In welchen Verband, im „freien“ oder im „christlichen“? (Auch das Verbandsbuch läßt man sich vorzeigen.) Lantet die Antwort: „Ich bin im christlichen Verband“, so heißt es: „Hier werden keine christlich organisierten eingestellt.“ Der wirkliche Werksleiter kann hier nicht in Betracht kommen, da dieser nicht so handeln würde. Dagegen stellt er auch, ob die Firma Kapeterer gebraucht oder nicht; jedenfalls aber ist ein solches Gebaren dem Arbeiter der Firma schädlich. Wir wissen bestimmt, daß die Firma den „Gehilfen“ keine Privilegien gewährt, und sowohl der Zuschauer wie der Meister ein berechtigtes Gebaren nicht dulden. Durch diese Beiden hoffen wir Klarheit zu schaffen, damit der christlichen Arbeitserschaft unerschrocken keine Arbeitsstelle verschlossen bleibt.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl (Munich), Gedr. Baumstrasse 14.

Die Sereimung

Monatswirthung vrganisieren, August 1911

Kofferer und verwandter Berufsangehöriger

Agitationsteiligkeit sorgt für steten Zuwachs und unter den Kollegen ist ein sehr gelinder gewerkschaftlicher Geist angutreffen. Als ein weiterer Beweis für die gesunde Tätigkeit der Sektion kann die am letzten Sonntag stattgefundene Besichtigung der Kapetenfabrik Grismann und Comp. in Dreifach bezeichnet werden. Den Kollegen der Sektion hatten sich eine Anzahl Kollegen veränderter Besuche angeschlossen, so daß etwa 45 Personen in Dreifach sich zusammenfanden. Dreifach, berühmt durch seine malerische Lage am Rheine, berührt durch seine auf isoliertem Hügel vulkanischen Ursprungs, gelegene, weithin sichtbare, imposante Münstertürme; berührt durch seine zweitausendjährige Geschichte und als einfluge freie Reichstadt, dürfte zu dem zahlreichsten und in weitem Umkreise die Berge des Schwarzwaldes, der Vogesen und jetzweilig der Schweiz zu sehen und zahlreichste Bauten und Ruinen bilden ehrwürdige Denkmäler der interessanteren Geschichte Dreifachs. Kommt dann noch hinzu, daß die Stadt eine umfangreiche, modern eingerichtete Kapetenfabrik, die auch das eigentliche Ziel der Reise bildet, beherbergt, so ist es erklärlich, daß eine so stattliche Zahl Kollegen der Umgegend der Sektion folgten.

Zu freundlicher Weise hatte der Inhaber des Betriebes den Besuch gestattet und übernahm ebenfalls die Führung durch die verschiedenen Betriebsanlagen. Alle Einzelheiten wurden in ausführlicher Weise erläutert und den gespannt lauschenden Besuchern leicht verständlich die Kapetenfabrikation vor Augen geführt.

Die „Bartholomäus“, gleichsam das Fundament der ganzen Fabrikation, stellte zunächst (auch schon durch den „malerischen Anblick“) unsere Aufmerksamkeit. In großen Kufen standen die Grundfarben, Produkte der großen badischen Anilinfabrik, Ludwigshafen-Mannheim, da, um zu den verschiedensten „Tönen“ vermischt zu werden. Für die Kapetenfarben ist eine besondere Präparation erforderlich, welche sich durch die Mischung verschiedener Chemikalien in großen Mischmaschinen vollzieht, aus, welchem dann nach Erlebigung des Mischungsprozesses die Farbe in schleimartiger Form, der Wasserleitung ähnlich, auf die Arbeitstische überführt wird. Wir folgten dann, gleichsam der Farbe, in den Mischmaschinen. Kapetenbrünnelchen in den verschiedensten Größen, für fünf, sechs, sieben, acht und zehn Farben haben hier Platz gefunden. Sehen wir eine davon etwas näher an.

Über einen großen horizontal liegenden Zylinder wird das schier endlose Papier an den veridiebstlichen rotierenden Walzen vorbeigeführt. Für jede Farbe, welche die Walzen erhalten soll, ist eine solche Walze nötig. Dieselben sind aus hartem Holz hergestellt und die „Müller“ für die Kapeten, sind aus dünnen Metallstäben molatfänglich nebeneinander in die Walze eingetrieben, und zwar so, daß dieselbe einige Millimeter aus dem Holze hervorragen. Diese Walzen nun übertragen die Farbe mittels endlosen Tuch aus dem Gefäß auf das Papier. So drehen sich 6, 7, 8 und mehr Walzen, je nachdem Farben nötig sind, an der Peripherie des Zylinders und geben eine nach der andern ihre Farbe und ihr Müller ab. Selbstverständlich muß die ganze Maschinenrie

Stille Zeit. Im Hochsommer kann man im Kapeterergewerbe von einer gewissen Stille reden, deren Dauer allgemein unter den Kollegen als „die laure Curtenzeit“ bezeichnet wird. Das Kapeterergewerbe ist leider, wie auch verschiedene andere Berufe, ein Saisongewerbe. Frühjahr und Herbst bringen eine stete Konjunktur, Sommer und Winter stets eine schlaffe Zeit, die je nach Lage des allgemeinen Wirtschaftsmarktes sich stärker oder geringer bemerkbar macht. Hauptächlich ist wohl das Mischen der Dekorations-Rundschäftarbeiten die stärkste Ursache der allgemeinen Stille. Die verflorenen Feiertage haben in der Regel die Umänderungen oder Neuanstellungen mit sich gebracht, und obwohl die Aussteuerarbeiten im Sommer ihren Gang gehen, ist es doch natürlich, daß um diese Zeit die Beschäftigten merklich nachlassen. Außerdem tragen zur Hochsaison im Frühjahr und Herbst die Umzüge wesentlich bei.

Jetzt stehen wir in der Reise- und Ferienzeit, die oftmals sehr unerwünscht manchem Kollegen ebenfalls Ferien bringt in Gestalt der Arbeitslosigkeit. Sehr viele Kollegen werden trotz der glühenden Hundstagshitze gezwungen, ihr Würdel zu jähren. Am stärksten ist wohl der Saisoncharakter unseres Berufes im Norden Deutschlands ausgeprägt, wo insbesondere die Städte Berlin, Hamburg, Hannover u. das bekunden. Gewiß steht auch der Süden Deutschlands in der Saisonstille nicht zurück. Schwäbischer zeigt sich der Saisondarakter im indultreicheren Westen, in Rheinland und Westfalen, wo man noch vor einigen Jahren überhaupt nicht von einer stillen Zeit reden konnte. In letzter Zeit tritt jedoch auch hier die Stille schon mehr und mehr in Erscheinung. Dazu kommt noch, daß viele reisende Kollegen aus den brachliegenden, größtenteils norddeutschen Städten in der flauen Zeit gerne den Westen aufsuchen, wo sie dann durch das starke Angebot auf die Arbeitsverhältnisse gerade nicht günstig einwirken.

Daß diese flauere Zeit im Gewerbe für die Organisation nicht die beste ist, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Zeitweise lastet auf den Kollegen ein gewisser Druck, der sie für jede Organisationsarbeit lau macht, wozu denn noch die höchste Witterung der Sommerzeit das ihrige tut. Unsern Kollegen, besonders den Sektionsvorständen, erwächst aber die Aufgabe zu sorgen, daß die Geschäftsschluppe keine allzu starke Stille in der Organisationsfähigkeit verurteilt. Die Vorstände müssen sich für eine gewisse Lebendigkeit Sorge tragen.

Nichts darf an der Mitgliederzahl verloren gehen. Dann aber läßt sich auch in der Sommerstille manche Agitationsarbeit noch leisten, überhaupt sollte diese nie von der Tagesordnung verschwinden. Bereiten wir dann vor allen Dingen auf der ganzen Linie schon eine größere Herbstagitation vor, die uns wieder einen Stück vorwärts bringen muß.

Von der Kapetenfabrikation.

Reges Leben herrscht in der jungen Sektion Freiburg. In den durchweg gut besuchten Versammlungen wurden in emfiger Arbeit die Aufgaben der Sektion zu lösen geführt.

sich gegen den christlichen Verband, da die sozialdemokratische Organisierung ruhig weiter arbeiten. Bemerkenswert ist auch, daß im letzten Jahre der sozialdemokratische Verband verhältnismäßig mit Mitgliedern im Streik bei Firmen stand, die dem Deutschen Arbeitgeberbund für die Zigarrenindustrie angehörten, ohne daß eine Aussperrung vorgenommen wurde. Es ist also auf eine Kraftprobe mit dem christlichen Tabakarbeiterverbande abgesehen. Die Aussperrung ist umso ungerechtfertigter, als es sich hier um Forderungen bei einer Firma handelt, die mit ihren Löhnen weit hinter den aussperrenden Firmen zurückbleibt, und damit empfindliche Konkurrenz zu machen in der Lage ist. Zu den Aussperrenden gehört auch die bekannte Firma Olbeuott sen. in Rees, deren Tabakfabrikate besonders in Arbeiterkreisen Absatz finden. Auch die Firma Frank in Cleve hat ausgesperrt, während die Firma Mertens nicht beteiligt ist. In Paderborn sind es die Firmen Kommes, Mehr, Swane, Herrgett und Gynstens, Montel und Ordelheide und Karl Fr. Ordelheide. Wir bitten unsere Kollegen, sich die Firmen genau zu merken, und nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Haltung der Firmen weitesten Kreisen bekannt wird.

Die Revision des Buchdruckerlohns steht bevor und hat der Gutenbergbund deshalb Veranlassung genommen, seine Stellung zur Tarifrevision in einer 10 Seiten starken Nummer des „Typograph“ darzulegen. Vornehmlich wird Stellung genommen zur Haltung des „neutral-sozialdemokratischen“ Buchdruckerverbandes, der den Gutenbergbund nicht als gleichberechtigten Tarifkontrahenten zugelassen sehen möchte. Dabei gewinnt es den Anschein, als wenn im Lager der Arbeitgeber leitende Personen das Verlangen der roten Buchdrucker begünstigen. Selbstverständlich sind heute auch im Buchdruckgewerbe die Zeiten vorbei, wo sozialdemokratischen Organisationen Tarifmonopole zugestanden werden. Das sollte man doch endlich auf der ganzen Linie begreifen lernen, zumal durch die Vorgänge im Berliner Zeitungsgewerbe in so eklatanter Weise bewiesen wurde, wohin die Erziehung des soziald. Buchdruckerverbandes führt. Wir glauben ruhig behaupten zu dürfen, daß in Zukunft das Tarifwerk im Buchdruckgewerbe eher zugrunde gehen wird, als daß es bei Aufrechterhaltung des Gutenbergbundes zur Erneuerung gelangt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung steht hinter den christlichen Buchdruckern und wird sie alle Ausschaltungsbemühungen mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln schon abzuwehren wissen. Wir haben das Vertrauen zu den Mitgliedern des Gutenbergbundes, daß sie bei dem Reformwerk ihrer Mann stellen und wacker für das Recht und die Ehre ihrer Organisation kämpfen werden.

Für Recht und Ehr!
Das schreib auf dein Panier,
Das sei die Losung für und für.
Drum stelle kühnlich dich zur Wehr
Für Recht und Ehr!

Soziale Rundschau.

Kartellverband katholischer Arbeitervereine. Die drei großen Arbeitervereinsverbände, Ost-, Süd- und Westdeutschlands haben sich auf der jüngst in Mainz stattgefundenen Katholikenversammlung zu einem Kartellverbände vereinigt. Diese Arbeitervereinszentrale dürfte ca. 300 000 Mitglieder umfassen. Der katholische Arbeiterverband (Sitz Berlin) steht der Zentrale noch abseits. Die Wirkungen des Zusammenschlusses werden indes auch für „Sitz Berlin“ wahrnehmbar sein.

Verband evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen. Der Verband hielt am 30. Juli in Hattingen seinen diesjährigen Verbandstag ab. Nach dem Jahresbericht ist die Mitgliederzahl ansehnlich gewachsen. Es konnten 21 Vereine mit 2504 Mitgliedern neu aufgenommen werden. Am 31. Dez. 1910 waren 224 Vereine mit 45 512 Mitgliedern vorhanden; die Gesamtmitgliederzahl unter Hinzurechnung von 1033 weiblichen und 571 jugendlichen betrug 47 116. Hiezu sind im laufenden Jahre schon wieder hinzugekommen 6 Vereine, mit 577 Mitgliedern und 5 Jugendabteilungen mit 137 Mitgliedern, so daß der Verband gegenwärtig 230 Vereine mit 47 830 Mitgliedern umschließt.

Der Evangelische Arbeiterbote, das Organ des Verbandes, hatte am Ende des Berichtsjahres 21 000 Bezahler. Der Bericht klagt über die vielfach beobachtete Zurückhaltung der bürgerlichen Kreise. Dadurch werde der Sozialdemokratie ihre Werbearbeit leicht gemacht. Der Verband lehne es ab, sich einer bestimmten Partei zu unterwerfen, wolle aber diejenigen Parteien unterstützen, die mit ihm das wangelische Christentum, den Schutz des Reiches nach außen und den friedlich-sozialen Ausbau im Innern auf ihre Fahne schreiben. Unbedingter Kampf gegen die Sozialdemokratie bleibt seine erste Forderung. In einer Besprechung des Verhältnisses der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften wurde es begrüßt, daß die christlichen Gewerkschaften trotz der ungeheuren gegnerischen Anwürfe und Vernichtungsvorwürfe im letzten Jahre über 86 000 Mitglieder gewonnen hätten. In seinen weiteren Ausführungen tritt der Bericht warm für die Förderung der Jugendbewegung ein. In den Bestrebungen, die selben Werkvereine über das ganze Ruhrgebiet zu verbreiten, sieht der Verband eine Gefahr, weil dadurch ein Teil in die nationale Arbeiterschaft und in die christliche Arbeiterbewegung getrieben werde.

In der Besprechung des Jahresberichts spielte neben der Jugendfrage die Stellung gegenüber den christlichen Gewerkschaften und den gelben Werkvereinen die Hauptrolle. Verschiedene Redner gaben ihrer Sympathie für die christliche Gewerkschaftsbewegung lebhaften Ausdruck. Rektor Becker-Düsseldorf entseffelte nach der kölnischen Zeitung einen Sturm der Entrüstung, als er den Ausdruck „schwarze Schleicher“ auf die christlichen Gewerkschaften anwandte. Er nahm dann den Ausdruck zurück und bemerkte, er habe damit niemanden beleidigen wollen. Mehrere Delegierte,

darunter unser Kollege Koch-Hagen, setzten unter starkem Beifall auseinander, daß die tätigen Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine gleichzeitig auch im Lager der christlichen Gewerkschaften ständen. Die evangelischen Arbeitervereine verdankten der christlichen Gewerkschaftsbewegung manche wertvolle Anregung und sei ihre Neutralität über allen Zweifel erhaben. Ueber die Werkvereine war die Stimmung geteilt. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß diese Bewegung der Arbeiterschaft keine Vorteile bringe und aus diesem Grunde eine Stellungnahme gegen die Werkvereine sich empfehle. Ein anderer Redner meinte, es ginge nicht an, daß die evangelischen Arbeitervereine eine Bewegung bekämpften, die sich gegen die Sozialdemokratie richtete. Sehr scharf wandte sich Herr Farrer Dg. Weber gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Duisburg-Neiderich, die die Angehörigen der evangelischen Arbeitervereine als Schlepenträger des Unternehmertums hingestellt hätten. Auch von anderer Seite wurde die Haltung der Hirsch-Dunderschen kritisiert und gefordert, daß das Verhältnis zu dieser Gewerkschaftsrichtung, die bei den Knappschafftschwächen und in der Lohnbewegung mit dem sozialdemokratischen Verband gegangen sei, revidiert werden möge. Pfarrer Niemeier entgegnete, man wolle zunächst zurückhalten und erst die weitere Entwicklung der Selben und der Hirsch-Dunderschen abwarten.

Arbeiterferien ein „Mittel der Verflavung“! Gegen die von Arbeitgebern freiwillig gewährten Arbeiterferien erweist sich in seiner Nr. vom 23. Juli das soziald. „Volksblatt“ in Halle a. S., indem es schreibt:

„Es gibt Reformer, die Arbeiterferien als ein Mittel befürworten, den Arbeiter zufriedener zu machen, indem man ihm dadurch den Kapitalismus „erträglich“ mache. Aber diese Schlaumeier dürften kaum auf ihre Rechnung kommen. Wer die Herrlichkeit der Natur gründlich genossen hat, wird die schmugige Steinwüste der Großstadt, vor sich ein paar Wochen frei in ständiger Bergluft herumtrieb, wird die Arbeitsklaverei in den stickigen Fabrikräumen nachher um so unerträglich finden. Körperlich mag er gestärkt zu der Arbeitsstätte zurückkehren, seelisch wird er um so mehr unter der Ausbeutung leiden. Und mit um so gewaltigerer Leidenschaft wird er für den Sozialismus kämpfen, der diese Freiheit, diese Rückkehr zur Natur nicht als kurze Heilkur, sondern als stete Arbeitsumgebung für alle bringen wird. Nicht darin wurzelt die revolutionäre Kraft des Proletariats, daß die Körperkraft, ohne Gelegenheit zur Neubelebung, matt dahinsinkt; denn dann wird auch der Geist matt und gleichgültig. Wer nie die Schönheit und den Reichtum der Welt mit eigenen Augen sah, kann sich nicht energisch empören. Darum werden Ferien die Arbeiter nicht zufriedener, sondern unzufriedener mit dem Kapitalismus machen. Allerdings kommt es dabei auf die Form an. Geschenkte Reformen lähmen die revolutionäre Energie des Proletariats, erkämpfte Reformen heben sie. Werden Ferien von Unternehmern aus freien Stücken eingeführt, als Belohnung für gute Führung und mit der Dienstzeit steigend, so wirken sie als ein Mittel der Verflavung. Daher wird es Sache der Gewerkschaften sein, sich für die tarifmäßige Gewährung von Ferien ins Zeug zu legen, damit diese als ein erkämpftes Recht allen Arbeitern in gleicher Weise zugute kommen.“

Was wird der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker zu diesen Ausführungen sagen? Getreulich registriert dieses „freie“ Gewerkschaftsblatt alle Ferien, die dem Buchdruckerpersonal von den Prinzipalen gewährt werden. Alljährlich veröffentlicht er sogar eine Statistik, um die Erfolge auf dem Gebiete des Ferienwesens zu zeigen. Selbstverständlich sind das alles freiwillige Zugeständnisse der Arbeitgeber, da der Buchdrucker tariflicher Ferien vorsteht. Und jetzt kommt das Haller Volksblatt her und nennt derartige Vergünstigungen „Mittel der Verflavung“. Nun, die rote Presse, deren Druckereien durchweg Ferien gewähren, muß ja wissen, was Geisteskinder, die sich sozialdemokratisch gebärenden Buchdrucker in ihren Betrieben sind. Ob der „Korrespondent“, auch jetzt aufmucken wird ob der Schwierigkeiten, die dem soziald. Buchdruckerverband in der Ferienfrage von der sozialdemokratischen Parteipresse gemacht werden? Eine neutral sein wollende Organisation, die sich so in die Gewalt der Sozialdemokratie begibt wie der Buchdruckerverband, verdient eigentlich gar keine bessere Behandlung. — Richtig an den Ausführungen des Haller Volksblatt dürfte sein, daß es in der menschlichen Natur liegt, das am meisten zu schätzen, was durch eigene Kraft und eigene Arbeit errungen wurde. Das schließt jedoch nicht aus, daß jeder vernünftige Mensch das Gute nimmt, wo er es nur immer auf rechtmäßige Weise erwerben kann. Als Mittel zur Verflavung wirken bei denkenden Arbeitern von den Arbeitgebern freiwillig zugestandene Ferien nicht. Wenn indes die „Genossen“ sich so leicht „verflaven“ lassen, ist das für sie ein rechtes Armutzeugnis. Und das wollte jedenfalls das „Volksblatt“ seinen Parteifreunden ausstellen.

Die deutsche Sozialdemokratie wird in dem Organ der tschechischen Sozialdemokratie „Pravo Lidu“ also charakterisiert:

Den Wert der tschechischen Sozialdemokratie beurteilen sie einzig und allein von dem Gesichtspunkte aus, inwiefern sie die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Sozialdemokratie besorgen. . . . Die deutschen Genossen haben für die sozialistische Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit eine einzige Auslegung: Was nicht das deutsche Zeichen trägt, das hört auf, für sie gleichberechtigt und gleichwertig zu sein, und sie bezeichnen es als antisozialistisch. Von diesem Standpunkte aus richten sie ihr ganzes Tun in den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, in ihrer Presse und in ihren Veranstaltungen ein. . . . Die deutschen Genossen schwächen uns schon seit Jahren in der ganzen Internationale, daß wir nicht hingehen, weil wir ihnen nicht tributär und untertänig sein wollen. In diesem Kampfe gebrauchen sie gegen uns alle Waffen, keine ist ihnen zu schlecht, daß sie sie nicht gegen uns gebrauchen. . . . Die deutschen Genossen verlangen von uns, daß wir uns bedingungslos ihrer Diktate überall und in allem unterwerfen, wenn nicht, gehen sie gegen uns genau so gefällig vor, wie unsere ärgsten Feinde. . . . Da alle Geschäftigkeit und all ihr Kerger den deutschen Genossen nichts halfen und sie nur vor der ganzen Welt unsterblich blamierte mit samt ihren tschechischen Zentralisten, ja, da ihnen ihr

unüberlegtes Vorschlagen auf uns mehr schadet als uns, rufen sie jetzt wieder die ganze Internationale ins Feld, damit sie ihnen helfe uns unterzukriegen. Sie haben für sich nicht einmal den milderen Umstand, daß sie das nicht gewohnt hätten; unzählige Male haben wir es ihnen gesagt, daß sie aufhören uns zu beschimpfen und uns zu bedrohen, daß wir sie nicht fürchten. . . .

Der „Vorwärts“ (8. August) findet eine solche Sprache „einfach unerhört“. Wir können ihm ausnahmsweise insoweit zustimmen, als tatsächlich die deutschen „Genossen“ in der roten „Internationale“ die Einzigen sind, die jegliches nationales Bewußtsein vermissen lassen. Ueber die Form des roten Bruderkampfes muß allerdings „Pravo Lidu“ schon unterrichtet sein.

„Instrumente des Unfriedens“ sollen nach einer Zuschrift an die Schlesiische Zeitung die Arbeiterausschüsse sein. Diese würden nicht die Interessen der Arbeiter ihres Betriebes vertreten, sondern erhielten die vorzutragenden Beschwerden, Wünschen und Forderungen von den Verbänden diktiert. Auf die Durchführbarkeit der Forderungen wurde keine Rücksicht genommen. Das Urteil über die heutigen Arbeiterausschüsse ließe sich dahin zusammenfassen, „daß der vom Gesetzgeber mit ihnen verfolgte Zweck in keiner Weise erreicht wird, daß sogar viele von ihnen das gerade Gegenteil von dem sind, was sie eigentlich sein sollen. Sie sind nicht die erhoffte Grundlage für einen Ausgleich der Gegensätze zwischen den Betriebsverwaltungen und den Arbeitern geworden, sondern im Gegenteil eine Quelle der Unzufriedenheit, und sie bilden nicht in letzter Linie eine wirksame Handhabe für die weitere Machtentwicklung der sozialdemokratischen Partei.“ Die Abneigung gegen die Arbeiterausschüsse dürfte in diesem Falle in der Abneigung gegen jedes Verhandeln mit Arbeiter überhaupt begründet sein. Die Gegensätze, die zwischen Betriebsverwaltungen und Arbeitern bestehen, lassen sich nach Ansicht der Leute, die dem Einsender der Zuschrift an die „Schlesiische Zeitung“ nahestehen, nur dann beseitigen, wenn der „Herr“ befehlt und der „Knecht“ gehorcht. Ein Glück, daß die Arbeiter immer mehr einsehen, wie sie von dem Rechte der Mitbestimmung in allen Fragen, die ihre Person betreffen, Gebrauch zu machen haben.

Das kgl. bayer. Arbeitermuseum in München veröffentlicht seinen 10. Jahresbericht. Das Museum erfuhr 1910 einen weiteren Ausbau. Neu geschaffen wurde ein Bayer. Tuberkulose-Museum. Im Berichtsjahre wurden Sonderausstellungen für Säuglingsfürsorge und Rettungswesen veranstaltet. Eine große Anzahl von Wandervorträgen wurden gehalten, eine Reihe von Wandervorführungen unternommen und zahlreiche Auskünfte erteilt. Die Bibliothek wurde eifrig benützt. Die Besuchsziffer des Museums ist gestiegen.

Religion und Arbeiterbewegung. Vor kurzem besuchten deutsche Arbeiter aus Frankfurt und Düsseldorf (darunter unser Kollege Miltenberger-Frankfurt) auf Veranlassung der „Adult School“ England, um dort die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren, gleichzeitig aber auch um den Besuch englischer Arbeiter in Deutschland zu erwidern. Beim Abschied vom englischen Boden hielt der englische Führer, Herr Mertens, an die deutschen Arbeiter eine eindrucksvollen Eindruck machende Rede. Er führte aus:

„Meine teuren Freunde und Brüder! So ist denn die Stunde des Abschieds gekommen. Sie haben viel gesehen und gehört und es ist Ihnen überall viel Liebe entgegengebracht worden.“

Ihre Reise glich einem Triumphzug. Sie haben nur das Schöne gesehen, aber England hat auch Schattenseiten. Ich bitte Sie, keine Erörterungen in der Presse darüber anzustellen, denn Sie können sich in den wenigen Tagen ihres Hierseins kein abschließendes Urteil über England erlauben. Sie haben unsere Adult School Bewegung in allen Kreisen gefunden. Wir sind der Überzeugung, daß Reiche und Arme zusammengehören. Sie haben die Konsumvereine kennen gelernt, deren Bestreben es ist, zu billigen Preisen gute Waren zu liefern. Dies Ziel deckt sich mit dem unseren. In Leeds bestand das Publikum, das die große Halle füllte, fast nur aus Arbeitern, aber ein herzlicher Empfang, als in Leeds ist Ihnen auf der ganzen Tour nicht bereitet worden. Die Rede, die unser gefeiertes Parlamentsmitglied Mr. Donald Ihnen hielt ist eine, wie sie nur ein Adult School Mann halten kann.

Wir bezwecken die Verbesserung der Menschheit in idealer, sozialer und religiöser Beziehung. Sie haben aus dem Munde verschiedener Redner gehört, daß unsere Bewegung ihren Zweck verfehlt hätte, ohne den religiösen Untergrund. Unter Ihnen, meine Freunde, sind solche, die sich von der Religion abgewandt haben. Meine Herren, Sie verwechseln Religion und Kirche. Lassen Sie sich nicht abschrecken, wenn sie in der Kirche nicht das gefunden haben, was Sie brauchen. Wir rekrutieren unsere Mitglieder vielfach aus Kreisen, die nicht der Kirche angehören. Jeder Mensch ist uns willkommen und in jedem sehen wir einen Bruder. Ich möchte Sie herzlich bitten, geben Sie Ihrer deutschen Arbeiterbewegung einen religiösen Hintergrund, das Land, das mir meine Mutter gegeben hat, habe ich zu lieb, um gleichgültig dessen Entwicklung zusehen zu können. Glauben Sie, daß eine Aenderung auf sozialem Gebiet möglich ist, ohne religiöse Grundlage? Eine solche Bewegung muß sonst unzerstörbar in den Bahnen der französischen Revolution verlaufen. Es gibt auch eine Tyrannei des Proletariats. Die Edlen, die in dieser Bewegung stehen, werden vernichtet, die Gewalttätiger des Proletariats aber werden das Los der Führer der französischen Revolution teilen und wie das dürre Land vom Sonnenwind hinweggefegt werden. Was wir in jahrelanger Arbeit auf sozialem Gebiet errungen haben, wird uns dann genommen sein. Es ist ein furchtbarer Fehler, daß in Deutschland die soziale Bewegung in das Fahrwasser des Materialismus geraten ist. Unsere englischen Arbeiterführer Mr. Donald u. a. stehen auf dem gleichen Standpunkt wie ich. Wir bekommen die Revolution in England nicht. Das Festhalten an der Religion wird der ganzen Aenderung der Dinge einen friedlichen Verlauf geben. Wenn das bei Ihnen nicht anders wird, dann wird eine furchtbare Revolution Deutschland durchheben, und Ströme Blutes fließen. Bitte, geben Sie Ihrer Arbeit einen religiösen Hintergrund! Und nun noch ein Wort an Sie, die Sie den Glauben haben. Ich bitte Sie im Namen Christi, an den Sie glauben und den Sie lieben: Bitte betrachten Sie die, welche nicht auf dem Grunde des Glaubens stehen, wie Sie, nicht als

„Achte Menschen! Sie müssen auch die Meinung des Gegners achten und respektieren wie Ihre eigene und die scharfen Gegenstände mildern durch die Liebe Christi. Wir würden uns sehr freuen, wenn es Ihnen gelänge, in Deutschland etwas Ähnliches einzurichten, wie bei uns in England. Friede sei mit Euch.“

Das sind treffliche Worte, die manchem Bekämpfer unserer christlichen Arbeiterbewegung, der an der Englandreise teilnahm, recht unangenehm in die Ohren geklungen sein mögen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

26. deutscher Korbmachertag. Am 29. Juli und 1. August fand in Magdeburg die Generalversammlung des Bundes deutscher Korbmacherinnungen statt. Allzuviel des Interessanten boten die Verhandlungen nicht. In seiner Begrüßungsrede wies der Reichstagsabgeordnete Kobelt darauf hin, daß für das Handwerk dreierlei notwendig sei: „Fortzuschreiten mit der Zeit, uns ihr anpassen, ihre neuen technischen Hilfsmittel uns anzueignen, den Blick mehr vorwärts als zurück richten; zweitens gilt es, einen Nachwuchs heranzubilden, der seiner neuzeitlichen Aufgabe gewachsen ist, und drittens endlich müssen wir, denen ein hohes Maß von staatsbürgerlichen Pflichten obliegt, auch unsere staatsbürgerlichen Rechte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wahrnehmen weit mehr als bisher. Diese Aufgaben lassen sich zum großen Teile aber nur erfüllen durch eine lückenlose, tatkräftige und einheitliche Organisation, die das gesamte Gewerbe, die einen großen Handwerkszweig in allen seinen Gliedern vertritt und die auch der Gesetzgebung die Unterlagen gibt für zweckentsprechende Maßnahmen zur Befundung unseres öffentlichen Lebens.“ Diese allgemeinen Richtlinien fanden noch eine Ergänzung durch die Ausführungen des Handwerksammervorsitzenden Thierkopf, der hervorhob, daß das Handwerk sich den zeitigen Zuständen anpassen müsse. Der Handwerker müsse auch Kaufmann sein; er dürfe sich nicht immer auf das Klagen legen, vielmehr müsse er sich bestreben, immer mehr vorwärts zu schreiten und die Interessen des Gesamtgewerks dabei im Auge haben.

Ueber die von der Regierung angeregte, in Berlin stattgefundene Handwerkerkonferenz, berichtete das Vorstandsmitglied Bruder-Berlin. Nach Meinung des Referenten ist für das Korbmacherhandwerk die Beseitigung des § 100 q S. 1. schädlich. Sie würde zum Ruin vieler Existenzen führen. Für andere Berufe empfehle sich die Beseitigung eher. In der Besprechung des Berichts erklärte der schon genannte Handwerksammervorsitzende, daß er kein Freund davon sei, daß die Großbetriebe zu den Kosten der Ausbildung der Lehrlinge herangezogen werden, denn damit würden sie auch ein Mitbestimmungsrecht erhalten müssen. Die Notwendigkeit der Beseitigung des § 100 q für die Zwangsinnungen erkenne er vollständig an und auch für das Korbmacherhandwerk würde sie von Nutzen sein, schon bei den Subventionen. Das Recht, das den Großbetrieben zufließt, müsse auch den Handwerkern zufließen. Die Bemerkung, daß der Redner kein Freund davon sei, daß die Großbetriebe in den Handwerksinnungen ein Mitbestimmungsrecht erhielten, besagt mehr wie alles andere, daß der alte Junker immer noch vorhanden ist. Die Behauptung aber, daß die Großindustrie Rechte habe, die dem Handwerk auf Grund des § 100 q verwehrt würden, trifft gar nicht zu. Welche Organisation der Großindustrie ist denn seitens der Gesetzgebung mit solchen Vorrechten ausgestattet wie die Handwerker-Innungen? Schaffen sich die Handwerker-Organisationen, die sie nicht dem Handwerkergesetz unterstellen, so haben sie genau dieselben Rechte, wie die Organisationen der Großindustrie. Was kann es den Organen des Staates hingegen nicht verdenken, wenn sie es ablehnen, die staatlichen Maßnahmen privilegierten Arbeitgebervereinigungen zur Durchführung materiell-egoistischer Ziele in die Hand geben. — Die Frage der Gefängnisarbeit behandelte Herr Bergmann-Berlin. Die Anfertigung von Korbmacherarbeiten in preussischen Gefängnissen sei fast ganz beseitigt. In den übrigen Staaten müsse indes noch vieles nachgeholt werden. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die preussischen Unternehmer nach anderen Staaten, z. B. nach Anhalt gingen und hier in den Gefängnissen Korbmacherarbeiten herstellen ließen. Gegen den Hausierhandel wurden ebenfalls auf dem Korbmachertag scharfe Worte gesprochen. Nur ein Redner (Schmidt-Halle) hielt den Hausierhandel für berechtigt, da die Hausierer auch leben wollten. Dem wurde erwidert, daß ein solcher Standpunkt wohl von einem Sozialpolitiker, nicht aber von einem Handwerkermeister und Bürger angenommen werden dürfe. Ein „Handwerkermeister und Bürger“ darf noch solchen Ausschreitungen wohl keine sozialpolitischen Anmaßungen belohnen.

Ueber die Bergelagerung von Geschloßforbearbeiten berichtete Obermeister Reinecke-Magdeburg, daß die Großfirmen in Magdeburg zusammengekommen seien, um dahin zu wirken, daß ihnen die Lagerung von Geschloßforbearbeiten allein übertragen würde. Da es der Besatzung zwei Arbeit macht mit den Kleinmeistern in Verbindung zu treten, letztere die Großfirmen auf einen Erfolg zu rechnen. In dem entgegengekommenen wurde auf dem Korbmachertage angesetzt, Genossenschaften zu bilden mit denen die Kleinmeister in Verbindung treten könnten. Eine Resolution, die besagt, daß

bei Geschloßforbearbeiten auch die Kleinmeister berücksichtigt werden möchten, fand einstimmige Annahme.

Nach einem Referate über das Hausarbeitsgesetz vom Verbandspräsidenten Dr. Schulz, beschäftigte man sich mit der Neufeststellung des deutschen Zolltarifs und den neu abzuschließenden Handelsverträgen. Wie der Referent zu dieser Frage mitteilte, habe er Regierungsvertreter offiziell erklärt, daß der Zolltarif mit Japan, der für das Korbmachergewerbe besonders in Betracht kommt, nicht verschlechtert würde, daß aber an Erleichterungen in der Ein- und Ausfuhr nicht zu denken sei. Auch der Handelsstarif mit Schweden komme in Betracht, auch dieser werde in Zukunft nicht schlechter gestaltet werden wie bisher. Es empfehle sich dringend, das erforderliche Material zusammenzustellen und festzulegen, welcher Tariffsätze das Korbmachergewerbe bedürfe, sich auch mit dem Verbands der Kinderwagenfabrikanten und anderen Fachorganisationen in Verbindung zu setzen und dem Reichstage entsprechende Eingaben zuzustellen, sowie die einzelnen Fraktionen für die Sache zu interessieren. Obermeister Reinecke-Magdeburg wünschte einen höheren Einfuhrzoll für Korbwaren, insbesondere auf Frucht- und Pflanzenförbe, die vollständig zollfrei nach Deutschland hereinkommen, aber nach ihrem Gebrauch zum Verkauf von Waren von den Hausfrauen weiter benutzt werden. Schmidt-Halle betonte, die japanische Korbindustrie schädige nicht allein Deutschland, sondern den gesamten Weltmarkt. Auch auf Holland müsse das Augenmerk gerichtet werden. Für die Verzollung der Verkaufsförbe usw. könne er sich nicht erwärmen, die Hauptsache sei eine stärkere Verzollung der Einfuhr von Japan usw. Ihmann-Breslau glaubt, daß den Korbmachern nur der Bund der Landwirte helfen könne; doch sei auch der Anschluß an den Handelsvertragsverein zu empfehlen. Solche Rede mutet etwas sonderbar an, ist aber verständlich, wenn man weiß, daß die nach einem stärkeren Zollschutz rufenden schlesischen Korbmachermeister auf ihrer jüngsten Tagung in Neufalz den Anschluß an den Handelsbund beschlossen haben. — Der nächste Korbmachertag soll im Jahre 1912 zu Stettin stattfinden.

Soziale Rechtsprechung.

Vom Streifenposten. Beim Streit in der Köhlingischen Pianofabrik zu Bonn, der noch andauert, hatten die Streikenden auf der Koblenzerstraße Streifenposten aufgestellt. Am 9., 18. Mai und 7. Juli hatte der aufsichtführende Beamte die Streifenposten aufgefordert, weiterzugehen. Als die Streifenposten der Aufforderung nicht nachkamen, wurden sie zur Anzeige gebracht und von der Polizei mit einer Strafe von 3 Mark belegt. Die vier zur Bestrafung gekommenen Streifenposten hatten hiergegen Einspruch erhoben. Im Laufe der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, daß es nicht verboten sei, sog. Streifenposten aufzustellen, wenn dadurch keine Verleumdung oder sonst keine Belästigung des Publikums hervorgerufen werde. Die vernommenen Polizeibeamten sagten aus, daß sie den Auftrag erhalten hätten, keine Streifenposten vor der Fabrik zu dulden und sie zum Fortgehen zu veranlassen. Der Besitzer der Fabrik erklärte, daß auch jetzt noch immer Streifenposten in seinem Hause ständen. Er fasse das als Belästigung auf. Der Anwalt beantragte, die Geldstrafe von drei Mark für jeden Angeklagten bestehen zu lassen, weil sie sich gegen die Bestimmungen der Oberpräsidial-Verordnung vom 18. Februar 1911 vergeblich hätten. Der Verteidiger führte aus, daß die Angeklagten nicht bestraft werden könnten, weil sie keine Störung des Verkehrs verursacht hätten. Die Koblenzerstraße sei ausnahmsweise breit, das Publikum könne daher nicht von einer Belästigung reden. Das Gericht erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagter. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Streifenpostenstreiken nicht verboten werden könne. Es sei nicht erwiesen, daß die Angeklagten sich Ausschreitungen hätten zu schulden kommen lassen. Die Polizei habe nicht die Berechtigung, die Streifenposten zu vertreiben!

Aus dem gewerblichen Leben.

Bereinigt Werkstätten für Kunst im Handwerk. A. G. Wie die Berliner Morgenpost (16. Juli) meldet, machen die Hoffnungen, die man bei der Gründung dieses Unternehmens hatte, Enttäuschungen Platz, die darin zum Ausdruck kommen, daß die Gesellschaft auch im letzten Geschäftsjahr nicht nur nicht wieder ohne Dividende bleibt, sondern auch der vorjährigen Verlust noch um einen wesentlich höheren Verlust übertraffen wird. Ergibt sich doch für 1910 ein neuer Verlust von 194323 Mark, so daß sich mit dem vorjährigen von 123619 Mark jetzt zusammen ein Verlustsaldo von 317943 Mark ergibt, der auf neue Rechnung vorgetragen ist. Ueber die Gründe, welche zu diesen Mißerfolgen Anlaß gegeben haben, gibt der Bericht einige Anhaltspunkte im Jahresbericht. Danach ist das ungünstige Ergebnis zum Teil in der raschen Ausdehnung des Geschäftes begründet, der die Organisation infolge von Schwierigkeiten im Personal nicht ebenso schnell folgen konnte. Der Hauptgrund wird aber

in den „ungünstigen Lohnverhältnissen“ gesehen unter denen die gesamte Möbelindustrie in den letzten Jahren zu leiden gehabt hätte. Nähere Angaben darüber, worin diese ungünstigen Verhältnisse begründet liegen, werden nicht gegeben. Wenn dieser Umstand aber der Hauptgrund für die Mißerfolge ist, so wird man doch dem Ausblick in die weitere Entwicklung der Gesellschaft etwas stetiger gegenüber stehen, zumal keine Wendung zum Besseren hinsichtlich der Lohnverhältnisse angekündigt ist. Hier sagt der Vorstand nur, daß er bei dem steigenden Umsatz eine günstige Entwicklung für die Zukunft voraussehen könne, wenn die mühevollen Organisationsarbeiten überall durchgeführt sein werden, was im wesentlichen im kommenden Jahre erreicht werden soll. Uns scheint, daß in den Vereinigten Werkstätten die Künstler eine zu große Rolle spielen und der nüchterne Geschäftsmann zu wenig zum Ausdruck kommt. Wenn einzeln und allein die „ungünstigen Lohnverhältnisse“ die Schuld an dem Mißerfolg beigemessen wird, so zeigt das von einer ziemlichen Naivität, zumal andere Firmen sich hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiter ganz gut mit den Vereinigten messen können, und dabei doch gute Geschäfte machen. Der Erlös aus der Fabrikation der Vereinigten stellt sich auf 721039 Mk., während die Fabrikationskosten allein schon 781315 Mk. betragen. Das ist kein Zeichen von guter Kalkulation. Jrgend ein Unterkonto muß da zu hoch sein und zu den übrigen Unterkosten in keinem Verhältnis stehen. Es zeigt sich auch hier, daß Betriebe, die der Individualität der Warenbesteller Rücksicht tragen wollen, sich noch immer dann am besten rentieren, wenn ein Privatunternehmer die treibende Kraft ist, der in seiner Person den Betriebsleiter, Geschäftsmann und Kunstverständigen vereinigt.

Literarisches.

Die Reichsversicherungsordnung und ihr parlamentarischer Werdegang. Dargestellt von einem Mitgliede der Zentrumspartei. gr. 8° (107) M.-Glabach 1911, Volkvereins-Verlag Preis einzeln 60 Pfg. 10 Exemplare zusammen Mk. 5. — Die vorliegende Schrift bringt eine Darstellung der Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Verhältnisse gegenüber dem bisherigen Recht und spezieller Würdigung der Stellung, die die Zentrumspartei im Reichstage zu derselben eingenommen hat. Das erste Buch enthält die für alle Versicherungsarten gemeinsamen Vorschriften (Umfang der Versicherung, Träger der Versicherung, Versicherungsbehörden usw.). Das zweite Buch behandelt die Krankenversicherung. Ausführlich wird hier die sogenannte Neutralisierung der Krankenkassen besprochen unter Hinweis auf die bisher hier vielfach übliche sozialdemokratische Parteivirtschaft. Im dritten Buche wird ein Unfall, im vierten die Invaliden- (Allers-) und die neuingeführte Hinterbliebenenversicherung dargestellt. Das sechste Buch enthält die Vorschriften über die Feststellung der Leistungen durch den Versicherungsträger sowie das Verfahren, das ebenfalls gegen eine Verbesserung erfahren hat. Wo die Sozialdemokratie nach ihren Erklärungen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die Reichsversicherungsordnung als Agitationsstück gegen die Parteien, die in mühevoller Arbeit diese geschaffen haben, ausnützen will, dürfte die vorliegende Schrift sowohl zur Abwehr als auch zum Angriffe vorzügliche Waffen liefern.

Das Polizeiwesen in Preußen (Heft 17 der Staatsbürgerbibliothek.) 8° (48) Preis 40 Pfg. M.-Glabach 1911, Volkvereins-Verlag G. m. b. H.

Inhalt: I. Geschichtliche Entwicklung des Begriffs Polizei. II. Arten und Entwicklungszweige der Polizei. III. Organisation und Einrichtung der Polizei. IV. Das Polizeirecht. V. Anhang VI. Sachregister. Der bedauerlichen Tatsache, daß manchem Staatsbürger die eigentliche Wesen und Wirken der Polizei sowie die Grenzlinien ihrer Befugnisse fast völlig fremd ist, wird durch vorliegende Heftchen abgeholfen. In guter, übersichtlicher Anordnung werden nach geschichtlicher Entwicklung des Begriffs Polizei ihre Art und Wirkungszweige, ihre Organisation und innere Einrichtung dargestellt, worauf zum Polizeirecht übergeleitet wird, das die Polizeiverordnung, Polizeiverfügung und Polizeigesetzgebung im Alltagsleben beinahe eine große Rolle spielt. Der Anhang bringt wissenswertes Gesetzmateriale und zwei Musterbeispiele von Polizeiverordnungen. Ein Sachregister erleichtert schnelles Zurechtfinden in dem empfehlenswerten Werkchen.

Auleitung zum Betrieb einer Rekrutenerschule. Von H. Mehl. Oberleutnant der Landwehr a. D. (Heft 15 der Staatsbürgerbibliothek.) 8° (51) Preis 40 Pfg. M.-Glabach 1911, Volkvereins-Verlag G. m. b. H.

Inhalt: I. Einleitung. II. Theoretische Unterweisung: I. Die Pflichten; II. Die Befehlsgebungen, Kennzeichen und Bewaffnung; III. Die Formen der verschiedenen Sättungen; IV. Armeeeinleitung; V. Die Befehlsgebungen; VI. Einleitung der Borgeinheiten; VII. Anmarschzeichen; VIII. Ehrenbeweise; IX. Der Fahnenstab; X. Allgemeine Pflichten des Soldaten; XI. Sozialer XII. Dergeheer der preussisch-deutschen Geschichte. B. Praktischer Teil. I. Einleitung; II. Daran; III. Schlusswort. Anhang: Geschichte. Der Zweck des Heftes ist nicht etwa, den zukünftigen Soldaten vorzubilden, das er beim Eintritt zur Truppe mit den Einzelheiten des Exerzierreglements vertraut zu sein glaubt, sondern ihm allgemein einen Einblick in das Militärwesen und eine Ahnung zu geben, mit deren Hilfe er sich schnell auf dem Kasernenhof und in der Instruktionstunde zurechtfinden lernt. Neben dem technischen Wissen wird ganz besonders auch die moralische Seite des Soldatenlebens gepflegt, und es ist durch einen Abriß aus vaterländischen Geschichte sowie durch einen Anhang praktischer Gedächtnis- und Lieder auch das Moment der Vaterlandsliebe in seinem Rechte gekommen.

Adressenveränderungen.

Görlitz. V. Franz Rader, Obermarkt 8°.

Eingelegte Fourniere

für Küchliche, Schatullen u. Säulungen.
Kochbuch gegen 20 Pfg. in Buchhandlung.
Vertrieb: Buchhandlungsgesellschaft.
Einfach. Bilder,
Kochbücher,
Heidelberg, Theaterstraße 7.

Tüchtiger Schreiner

auf Kleinfabrikarbeit und gute Möbel gesucht.
Wilmhelm Reine, Elegen i. B.
Kampferstraße 10.

Tüchtige Möbelschreiner

gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht.
Luisenstraße (Posthoff & Fischere).
Einen in Berlin.

Bewerkschaftssekretär gesucht.

Das Bezirkskartell der christl. Gewerkschaften für Duisburg und Umgegend sucht einen Kartellsekretär. Bewerber müssen organisatorische und agitatorische Befähigung haben, sowie gute Kenner der deutschen Arbeiterbewegung sein. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche und Bezeichnung eines selbstbestimmten kurzen Lebenslaufes und eines Kaffees über „Die Aufgaben eines Kartellsekretärs“ bis zum 1. Sept. zu richten an J. Rothländer, Duisburg-Ruhrort, Kaiserstr. 130.

Möbel-Packer

Tüchtiger, intelligenter
für lackierte Küchen- und Schlafzimmerschrankbauende gutbezahlte Stellung zum sofortigen Eintritt nach Lippe gesucht.
Auskunft erteilt die Geschäftsstelle d. BL.